

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 31.03.2021

Ort: Stadthalle Chemnitz, Carlowitz-Saal (ehemals kleiner Saal), Theaterstraße 3,
09111 Chemnitz

Zeit: 13:04 Uhr - 00:09 Uhr

Vorsitzender: Herr Oberbürgermeister Sven Schulze

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Ist: 41 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Dr. Volker Dringenberg	AfD-Stadtratsfraktion	dienstlich
Herr Lars Franke	AfD-Stadtratsfraktion	privat
Herr Hubert Gintschel	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	privat
Herr Jens Kieselstein	FDP-Fraktion	privat
Herr Karl Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ / Freie Sachsen	privat
Herr Paul Günter Steuer	fraktionsloses Stadtratsmitglied	

Verspätetes Erscheinen

Frau Christin Furtenbacher	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13:45 Uhr, TOP 5.2
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	16:15 Uhr, TOP 5.2
Herr Falk Müller	AfD-Stadtratsfraktion	13:55 Uhr, TOP 5.2
Frau Ines Saborowski	CDU-Ratsfraktion	13:27 Uhr, TOP 5.2
Frau Rebecca Thielemann	CDU-Ratsfraktion	13:35 Uhr, TOP 5.2
Herr Gordon Tillmann	FDP-Fraktion	13:30 Uhr, TOP 5.2

Frühzeitiges Verlassen

Herr Bernd Arnold	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ / Freie Sachsen	21 Uhr, TOP 5.2
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion	19:25 Uhr, TOP 5.2

Zeitweilige Abwesenheit

Herr Frank Müller-Rosentritt	FDP-Fraktion	21:24 Uhr - 22:52 Uhr, TOP 5.2
------------------------------	--------------	--------------------------------------

beratend Teilnehmende

Herr Ralph Burghart	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Prof. Marco Gerlach	Ortsvorsteher Kleinolbersdorf-Altenhain
Herr Arnd Heidemüller	stellvertretender Ortsvorsteher Euba
Herr Lutz Neubert	Ortsvorsteher Grüna
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Andreas Stoppke	Ortsvorsteher Klaffenbach
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Sylvia Billert	Leiterin Grundsatz, Verwaltung
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Herr Jens Fankhänel	Sachbearbeiter Geschäftsstelle des Stadtrates
Frau Maria Guder	Sachgebietsleiterin Haushalt
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Kämmereiamt
Frau Jana Hempfing	Referentin Bildungsmanagement
Herr André Horváth	Leiter Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat
Frau Verena Martin	Abteilungsleiterin Haushalt
Herr Matthias Nowak	Pressesprecher, Leiter Pressestelle
Frau Gabriele Schulze	Referentin Dezernat 6
Frau Ramona Seidel	Leiterin Geschäftsstelle Stadtrat
Herr Thomas Tittel	Sachbearbeiter Geschäftsstelle des Stadtrates
Frau Sabine Widmann	Leiterin Bereich Recht

Fraktionsangestellte

Frau Ramona Bothe-Christl	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dinh Hai Bui	FDP-Fraktion
Herr David Kessler	FDP-Fraktion
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr Toni Kunert	CDU-Ratsfraktion
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Herr Bob Polzer	AfD-Stadtratsfraktion
Frau Anja Schale	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

Schriftführerin

Frau Carolin Müller	Sachbearbeiterin Geschäftsstelle des Stadtrates
---------------------	---

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Herr Oberbürgermeister Schulze eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend weist er darauf hin, dass in der Corona-Schutz-Verordnung ein verpflichtendes Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung in Gremiensitzungen geregelt und der Verstoß als Ordnungswidrigkeit nach Infektionsschutzgesetz definiert ist, was eine Ahndung ermöglicht. Eine Ausnahme besteht bei Personen, denen das Rederecht erteilt wurde. **Herr Oberbürgermeister Schulze** bittet während der gesamten Sitzungszeit die Hinweise und Regeln zum Infektionsschutz zu beachten.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

3 Informationen des Oberbürgermeisters

Es gibt keine Informationen des Oberbürgermeisters.

4 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Ausübung des Wahlrechts zur Erstellung des Gesamtabchlusses der Stadt Chemnitz

Vorlage: B-038/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-038/2021

Der Stadtrat beschließt, auf die Erstellung eines Gesamtabchlusses zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

5.2 Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für den Zweijahreshaushalt 2021/2022

Vorlage: B-079/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es wurden ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI sowie eine Liste der 134 vor der Sitzung eingegangenen Änderungsanträge ausgereicht. Es erfolgte die Anhörung aller Ortschaftsräte i. S. v. § 67 Abs. 4 SächsGemO zu den ortschaftsbezogenen Haushaltsansätzen. Die Anträge der Ortschaften ordnen sich in der Abstimmungsliste zwischen den Fraktionsanträgen ein. Die ausgereichte Liste bildet die Grundlage für die Abstimmung der Änderungsanträge.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass am 05.02.2021 im Amtsblatt bekanntgegeben wurde, dass der Entwurf der Haushaltssatzung in elektronischer Form im Internet ab dem 08.02.2021 zur Verfügung steht. Die Frist für Einwendungen von Bürgern und Abgabepflichtigen endete am 25.02.2021. Es gab 36 Einwendungen, von denen vier nicht zulässig sind. Über die Einwendungen wird nach der Entscheidung über die Änderungsanträge der Fraktionen bzw. Ortschaften vor der Haushaltssatzung abgestimmt. Anschließend erläutert er den Ablauf der Sitzung und weist darauf hin, dass eventuelle Tatbestände zur Befangenheit durch das jeweilige Stadtratsmitglied vor Beginn der Beratung des entsprechenden Änderungsantrages anzuzeigen sind.

Herr Oberbürgermeister Schulze führt aus, dass es sich mit der Haushaltssatzung um einen wichtigen Beschluss handle, welcher ein großes Verantwortungsbewusstsein und ein kluges Abwägen zwischen den gegebenen finanziellen Möglichkeiten und der Vielzahl an notwendigen Maßnahmen und auch Wünschen benötige. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung hinterlasse auch in Chemnitz ihre Spuren. Trotzdem sei es gelungen einen Haushaltsplan aufzustellen, der vieles enthält, was für das Zusammenleben in der Stadt wichtig sei. So zum Beispiel sehr gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, moderne Lernbedingungen für Schülerinnen und

Schüler oder soziale Leistungen, die nicht nur den Lebensunterhalt, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe sichern. Trotz der aktuell schwierigen Rahmenbedingungen für das Aufstellen eines Haushaltsplanes konnten Kürzungen im Sozialbereich, bei der Jugend, der Kultur und im Sport vermieden werden. Trotz rückläufiger Einnahmen und Kostenexplosionen bei Pflichtaufgaben, würden sich in diesem Haushaltsplan etliche Ausgabepositionen finden, welche gegenüber den Vorjahren sehr deutliche Steigerungen enthalten würden. Er sagt, dass es sich bei dem Haushalt um ein gut austariertes Werk handle, dass das Notwendige und Machbare enthalte, ohne langfristig die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit zu sprengen.

Herr Oberbürgermeister Schulze sagt aber auch, dass die Möglichkeiten begrenzt seien, was vor allem auch die Kreditaufnahmen betreffe. Schulden dürfen nur zur Finanzierung von Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen, nicht aber für laufende Ausgaben im Ergebnishaushalt aufgenommen werden. Die einzige Ausnahme von diesen gesetzlichen Vorgaben bilde die Inanspruchnahme sogenannter Kassenkredite zur Überbrückung von Liquiditätseingüssen, welche jedoch nicht unbegrenzt erfolgen kann. Es werde bewusst eine höhere Verschuldung eingegangen um antizyklisch handeln zu können, aber auch, weil in den letzten Jahren gut gewirtschaftet worden sei. Jeder Kredit wirke sich auch auf den Finanzhaushalt der kommenden Jahre aus, wodurch auch die langfristige Bindung durch regelmäßige Tilgungszahlungen nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Er erklärt, dass die Verbindlichkeiten nach vielen Jahren des Schuldenabbaus nun planmäßig bis 2025 auf knapp 222 Mio. Euro ansteigen werden, was er angesichts der wirtschaftlichen Situation für vertretbar halte. Jede zusätzliche Kreditaufnahme schränke den finanziellen Handlungsspielraum weiter ein. Die Landesdirektion werde bei der Genehmigung des Haushaltes genau darauf achten, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt erhalten bleibe. Das heißt, sie werde prüfen, ob die Stadt auch mittelfristig in der Lage sei, die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen zu decken. Die in der vorliegenden Haushaltssatzung enthaltene Ergebnisverbesserung resultiere hauptsächlich aus erwarteten höheren allgemeinen Schlüsselzuweisungen, zusätzlichen Erträgen für das Projekt Kulturhauptstadt sowie zusätzlichen Landesmitteln für den Gesundheitsbereich. Darüber hinaus wurden für den Finanzhaushalt die verfügbaren Kassenmittel mit Blick auf das vorläufige Ist zum 31.12.2020 neu berechnet. Das ermöglichte, an der einen oder anderen Stelle gegenüber dem bisherigen Planentwurf nachzubessern.

Anschließend geht **Herr Oberbürgermeister Schulze** auf das Thema Personal ein. Bei den vorgesehenen Kürzungen im Stellenplan handle es sich im Wesentlichen um den Wegfall von befristeten Stellen und den Verzicht auf einen Kapazitätsausgleich für Teilzeitstellen. Wichtig sei, dass der absehbare Personalkostenanstieg in den nächsten Jahren zumindest teilweise etwas abgebremst werde, bevor dieser Handlungsspielraum nachhaltig einschränkt werde. Er ist überzeugt, dass dies gelingen kann, indem Arbeitsabläufe kritisch hinterfragt werden und stärker als bisher auf die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen zurückgegriffen werde.

Mit der heute zur Beschlussfassung vorgelegten Planung könne der Ausgleich des Finanzhaushaltes für die Planjahre 2021 und 2022 nachgewiesen werden. Damit werde eine wesentliche Forderung der Landesdirektion Sachsen für die Haushaltsgenehmigung erfüllt. Diese werde bei ihrer Bewertung die finanzielle Leistungsfähigkeit des gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2025 betrachten und diesen bei der Genehmigung oder Ablehnung der geplanten Kreditaufnahmen zugrunde legen. Im Moment sehe es in Chemnitz nicht so aus, dass die geplanten Ausgaben dauerhaft durch Einnahmen gedeckt werden könnten. Umso wichtiger sei es zusätzlichen Ausgabewünschen mit der gebotenen Disziplin zu begegnen.

Er wünsche sich von dieser Haushaltssitzung ein Signal der Handlungsfähigkeit, ein Signal von Vernunft, Verantwortungsbewusstsein und Solidität. Den Menschen in dieser Stadt solle ehrlich gesagt werden, was alles möglich sei und was momentan nicht gehe. Abschließend gibt **Herr Oberbürgermeister Schulze** zu bedenken, welche Wirkung ein nicht genehmigter Haushalt für die Stadt und die vielen Vereine und Initiativen, die das Stadtleben ausmachen würden, bedeuten würde.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass der Stadtrat zu einem verantwortungsvollen Handeln verpflichtet sei. Seine Fraktion stelle sich der Verantwortung und sei froh im Vorfeld dieser Sitzung gemeinsam mit anderen Fraktionen einen Konsens für wichtige Projekte gefunden zu haben. Er geht auf die Prioritäten der CDU-Ratsfraktion ein. Dabei nennt **Herr Stadtrat Fritzsche** beispielsweise die Wirtschaftsförderung. Die Verwaltungsspitze sei dahingehend bereits auf einem guten Weg. Es bleibe aber die originäre Aufgabe des Stadtrates gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Darunter verstehe er Angebote für Ansiedlungen und Erweiterungen in Form von neuen Gewerbegebieten sowie die Entwicklung von Brachflächen. Weiterhin gehören dazu ständige Investitionen in die städtische Infrastruktur, insbesondere in den Straßenunterhalt. Des Weiteren wolle seine Fraktion Ideen für das Wiedererwachen der Innenstadt finanziell unterstützen und die Lebensqualität in der Stadt erhalten und verbessern. Aus diesem Grund hätten die Ortschaftsräte mit ihren Ideen die volle Unterstützung der Fraktion. Diese seien ein Garant für bürgerliches Engagement und leisten damit einen wertvollen Beitrag für die gesamte Stadt. Die Unterstützung dieses ehrenamtlichen Engagements stelle einen weiteren Schwerpunkt für seine Fraktion dar. Als Beispiele dafür nennt er den Tierpark sowie das Erfenschlager Bad. Die Unterstützung der freien Kultur und das Thema Kulturhauptstadt stellen weitere wichtige Punkte dar. Es sollen verbesserte Strukturen geschaffen werden, um auch durch die Kulturhauptstadt schneller und besser aus der Coronakrise heraus zu gelangen. **Herr Stadtrat Fritzsche** sagt, dass seine Fraktion gegen einen Stellenaufwuchs in der Verwaltung sei, sie jedoch eine Stabstelle unter Nutzung der vorhandenen Personalkapazitäten für die Kulturhauptstadt beim Oberbürgermeister vorschlagen. Er führt fort, dass für die Erfüllung der Erwartungen an eine nachhaltig positive Entwicklung der Stadt auch nach 2025 das Engagement für ein angemessenes finanzielles Budget auf Landes- und Bundesebene, in der europäischen Gemeinschaft und bei privaten Sponsoren benötigt werde. Zur Deckungsquelle des Zentralen Omnibusbahnhofes sagt er, dass diese nicht so verstanden werden solle, dass das Projekt beerdigt werde. Mit der Diskussion solle auch erreicht werden, dass es nochmal eine tiefgründige Überlegung zu einem alternativen Standort geben könne. Abschließend sagt **Herr Stadtrat Fritzsche**, dass sich die CDU-Ratsfraktion als Förderer privaten Engagements verstehe. Über das Roll- und Funnsportzentrum solle mit privaten Investoren gesprochen, Standorte gefunden und Vorbereitungen getroffen werden.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erachtet den Zweijahreshaushalt als einen der schwierigsten der vergangenen Jahre. Die Folgen der andauernden Pandemie hätten auch Spuren im aktuellen Haushalt hinterlassen. Umso mehr sei es die Verantwortung des Stadtrates den Bürgern Sicherheit zu vermitteln und Strategien aufzuzeigen. Es brauche einen Haushalt, welcher den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördere und den Menschen die Verlässlichkeit der Chemnitzer Politik verdeutliche. Sie sagt, dass der Haushalt auf den Weg der Kulturhauptstadt 2025 weise. Es sei eine Chance aus der Stadt mehr zu machen und zu zeigen, was diese könne. Dafür müssen freiwillige Leistungen der vergangenen Jahre in gleicher Höhe weiterhin verfolgt werden, wofür Modalitäten gefunden werden müssten. Es brauche das Engagement der Stadtgesellschaft als Ganzes.

Dazu gehöre auch die freie Kulturszene. **Frau Stadträtin Schaper** führt fort, dass ihre Fraktionsgemeinschaft wolle, dass die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Dazu gehören für sie beispielsweise die Weiterführung der Unterstützungsoffensive Kita in der bisherigen Größenordnung sowie die Fortführung des kostenfreien Vorschuljahres. Mit den Investitionsvorhaben an Kitas und Schulen wurden beste Bedingungen geschaffen. Diese seien aber ohne Auswirkungen der Pandemie beschlossen worden. Das heißt, dass die Ausstattung mit neuen Gerätschaften wie zum Beispiel Belüftungsgeräten keine Beachtung finden konnten. Hier müsse nachgesteuert werden. Dazu brauche es ein vollfinanziertes Förderprogramm des Bundes und Landes. Sie bittet den Oberbürgermeister sich dafür stark zu machen. **Frau Stadträtin Schaper** erklärt im weiteren Verlauf, dass die Stärkung des Baudezernates beschlossen wurde, aber das im Haushalt nicht ersichtlich sei. Es solle transparent werden, aus welchen Gründen manche Stadtratsbeschlüsse in dem Haushalt nicht zu finden seien. Im Stellenabbau sehe sie den Verlust von Leistungsfähigkeit in der Stadtverwaltung, was sicher in nicht allzu ferner Zeit bereut werde. Sie sagt zur Wirtschaftsförderung, vor allem zur Innenstadt, dass ihre Fraktion alle sinnvollen Fördermaßnahmen und Hilfen für den Mittelstand, Handel und Gastronomie, kleine Gewerbe und Handwerk unterstütze. Die Stadt sei dafür verantwortlich, dass die „weichen Faktoren“ dafür stimmen. Abschließend weist **Frau Stadträtin Schaper** darauf hin, dass freie Mittel für weitere wichtige Projekte nicht vorhanden seien. Bei der Findung solcher Mittel oder zur Möglichkeit der Kreditaufnahmen zeige sich die Verwaltung nicht kooperativ. Sie erklärt, dass Ihre Fraktionsgemeinschaft nicht allen Änderungsanträgen der Ortschaftsräte zustimmen könne, was aber keine Geringschätzung dieser darstelle.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass die städtischen Erträge nicht ausreichen würden, um die Aufwendungen zu finanzieren. Die Aufwendungen seien jedoch für die Erfüllung der Aufgaben einer Kommune für die Einwohner und Unternehmen zu tätigen. Der gute Liquiditätsbestand versetze die Stadt in die Lage über einen Doppelhaushalt von jeweils fast 900 Mio. Euro und ein Investitionsprogramm von fast 200 Mio. Euro beschließen zu können. Die geplante Neuverschuldung von fast 140 Mio. Euro verlange Respekt, da die folgenden Generationen diese erwirtschaften müssen. Daher komme es auf wirtschaftlichen und effizienten Substanzerhalt und kluge, vorausschauende Investitionen an. Die wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen der Pandemie seien noch nicht absehbar. Trotzdem seien Mut und Zuversicht gefragt. Sie sagt, dass jede Anpassung an den bereits eingesetzten Klimawandel realisiert werden müsse, um Chemnitz weiterhin lebenswert zu erhalten. Dabei zähle jede kleine Maßnahme, wozu auch motivierte Mitarbeiter der Stadtverwaltung benötigt werden, welche das in der täglichen Arbeit im Blick behalten. Die soziale Verträglichkeit des Stellenabbaus sei schwer nachvollziehbar. Das berge die Gefahr von Überlastungen und Fehlern in der Arbeit und werde sich in der Aufgabenerfüllung qualitativ und quantitativ auswirken. Die Digitalisierung sei in bürgernahen Dienstleistungen auch kein „Allheilmittel“ und zeitnah eingeführt. Des Weiteren dürfe auch die Altersstruktur der Stadt nicht außer Acht gelassen werden. Abschließend sagt **Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt** zur Kulturhauptstadt, dass die Umsetzung spannend werden würde und Bürger dahingehend nicht enttäuscht werden sollten.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) meint, dass die Auswirkungen der heutigen Entscheidungen weitergehen würden als nur für die kommenden zwei Jahre. Es müsse sich entschieden werden, ob das bisher Geschaffene erhalten und optimiert werden solle. Seine Fraktion vertritt die Auffassung das bisher Geschaffene zu sichern bevor neu investiert werde. Die Infrastruktur stehe dabei an erster Stelle, müsse intakt sein und die Wirtschaft ansprechen. Des Weiteren müsse hinsichtlich der Kulturhauptstadt entschieden werden, wie viel Kultur sich die Stadt

leisten könne. Den Bürgern sei nicht verständlich, warum so viel Geld in die Theater Chemnitz gesteckt werden aber beispielsweise keine Mittel für die Talsperre Euba oder das Freibad Erfenschlag vorhanden wären. Seiner Fraktion sei vor allem die Streichung des kostenlosen Vorschuljahres aufgestoßen. Es sei nicht zu vermitteln und unsozial, dass das Geld hier weggenommen werde und gerade die Familien in dieser Zeit weniger Geld zur Verfügung hätten. Auch die Anhebung der Elternbeiträge belaste die Familien. Die Mittel solle im Zweifel die in den vergangenen Jahren hochsubventionierte Kultur einsparen. Seine Fraktion sehe dort viel Potential für Einsparungen ohne dabei Qualität in Größenordnungen zu verlieren. Er sagt, dass es mutige Schritte für die Zukunft brauche und Investitionen durch Kredite finanziert werden sollen. Seine Fraktion werde sich erst im Verlauf der Sitzung entscheiden, wie sie über den Haushalt abstimme. Die Zeiten, in denen der Antragssteller wichtiger sei als der Inhalt, müssen seiner Meinung nach nun vorbei sein. **Herr Stadtrat Köhler** sagt zum Schluss, dass seine Fraktion aufgrund des Inhaltes entscheiden und die Anträge der Ortschaftsräte vollumfänglich unterstützen werde.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) führt aus, dass der Umgang mit der Pandemie der Handlungsfähigkeit der Politik Grenzen aufgezeigt habe, vor allem auf der Ebene der Kommunalpolitik. Dieser Haushalt sei ein Krisenhaushalt, welcher nach außen ein Zeichen setzen müsse, was prioritär sei und wo unterstützt werden müsse. Es benötige ein Signal an die Bürger, dass die Stadt handlungsfähig sei. Er erklärt, dass in den vergangenen zwei Jahren vieles angeschoben werden konnte, was als Chance zu sehen sei. Die Entscheidung zur Kulturhauptstadt habe der Stadt einen großen Schwung gegeben, was eine Art Konjunkturprogramm mit städtebaulichen und kulturellen Möglichkeiten sei. Diese Chance sollte auch genutzt werden. **Herr Stadtrat Müller** sagt, dass der Verwaltung zu Gute gehalten werden könne, dass dieser Haushalt kein Sparhaushalt sei. Es bleibe jedoch eine Deckungslücke von ca. 80 Mio. Euro, Kreditaufnahmen seien geplant und die Verschuldung erhöhe sich. Seine Fraktion wolle möglichst wirksame Maßnahmen treffen, um nach der Pandemie Dinge anschieben zu können. Die aktuelle Krise falle mit dem Wandel der Unternehmen zusammen und benötige ein Gegensteuern. Impulse für die Chemnitzer Wirtschaft erhoffen sie sich durch die Projekte der Chemnitzer Innenstadt und Mittel für die Gewerbeflächen. Da der Klimawandel keine Pause eingelegt habe, möchte seine Fraktion die Gesundung des Chemnitzer Waldes unterstützen. Des Weiteren sei die Fortsetzung des bisher einmal im Monat möglichen kostenfreien Besuchs von Museen wichtig. Abschließend sagt er, dass einem großen Neubauprojekt von seiner Fraktion nicht zugestimmt werde. Wichtiger sei es, dass die begonnenen Bauten fertig gestellt werden. Außerdem sei es seiner Fraktion wichtig, dass es keine „abenteuerlichen“ Deckungsquellen und Neuverschuldungen gebe, die die Möglichkeit der Haushaltsgenehmigung in Frage stellen könnten. Das Ausgleichen von fehlenden Förderungen durch Bund oder Land könne der städtische Haushalt jedoch nicht ausgleichen.

Herr Stadtrat Drechsel (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) sagt, dass klar sei, dass der Stadt enorm viele Einnahmen wegfallen werden würden. Für den Umgang damit gebe es zwei Möglichkeiten. Einerseits könnten die Ausgaben den geänderten Einnahmen angepasst oder andererseits Überlegungen getroffen werden, wie zur Absicherung notwendiger Ausgaben neue Einnahmequellen generiert werden können. Die Verwaltungsspitze tue jedoch so, als sei nichts passiert. Beliebte Projekte würden weiterhin in einem Umfang versorgt werden, welcher an Veruntreuung von Geldern denken lasse. Er erklärt, dass das Theater in der vergangenen Spielzeit nicht viel aufgeführt hätte und daher auch keinen unveränderten Betrag benötige, da sich auch die Ausgaben und der Zuschussbedarf hätten verringern müssen. Die neuen Verträge mit den Schauspielern im Sommer seien dahingehend anzupassen, da es sich sonst um eine Veruntreuung öffentlicher Gelder

handeln würde. Ähnlich sei es bei den freien Trägern im sozialen Bereich. Trotz der reduzierten Leistungserbringungen solle es die gleichen Zahlungen geben. Seine Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen. Dieser lasse von der besonderen Situation wenig erkennen und sei ein Haushalt der institutionellen Verantwortungslosigkeit. Anschließend geht **Herr Stadtrat Drechsel** auf den Änderungsantrag seiner Fraktion für Mittel für das Freibad Erfenschlag ein. Investitionen seien für die Zukunft wichtig. Die Deckungsquelle sei ein Teil der Theater Chemnitz, welche diesen ohne Probleme einsparen müsse.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) erklärt, dass die jetzige Welle der Pandemie nicht zu einem Tunnelblick führen dürfe. Gerade jetzt bedarf es langfristiger Lösungen und das Grundvertrauen in die Stadtgesellschaft. Keiner kenne die Auswirkungen der Pandemie, jedoch sei man in Chemnitz nicht unvorbereitet. Dafür führt er Beispiele wie schnelles Internet, die Umgestaltung der Mobilität oder die Entwicklung bzw. Stabilisierung des Baudezernates an. Es gebe allen Grund für Zuversicht. Die Prioritäten seiner Fraktion bei der Beurteilung des Haushaltes waren der Zweijahreshaushalt, der Rückgriff auf Reserven, die Kulturhauptstadt und die Genehmigungsfähigkeit. Er erwarte von der Landesdirektion eine schnelle Genehmigung des Haushaltes. Zum Thema Kulturhauptstadt sagt **Herr Stadtrat Dr. Füsslein**, dass es Änderungsvorschläge aus interfraktioneller Zusammenarbeit gebe, welche es zuvor in so einer Qualität noch nicht gegeben habe. Dabei sei das Verbindende in den Vordergrund gestellt worden, was der Situation angemessen sei. Seine Fraktion freue sich auch darüber, dass das Thema der Innenstadt von vielen getragen werde. Die Finanzierung mit der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft mbH sei mehr als eine Win-Win-Situation. Seine Fraktion unterstütze außerdem die Bürgerapp sowie den Bücherbus. Dass dabei auf die Deckungsquelle des Zentralen Busbahnhofes zurückgegriffen werde liege daran, dass bei einer neuen Zählung von Umsteigenden dem Projekt nicht zugestimmt werden könne. Abschließend sagt er, dass dieser Haushalt zum ersten Mal auch eine europäische Komponente habe, was auch ein europäisches Denken erfordere.

Herr Neubert (Ortsvorsteher Ortschaftsrat Grüna) bedankt sich für die Möglichkeit der Vertretung der Ortsteile. Die Bürger und Ortsteile seien eine Bereicherung für die Stadt. Bei den Ortschaftsräten handle es sich um gewählte Gremien, welchen ein Eingemeindungsvertrag zu Grunde liegen. Sie haben deshalb nicht nur Rechte und Pflichten, sondern auch eine gewisse Erwartungshaltung. Man wisse um die finanzielle Situation der Stadt, jedoch bereichern auch die Ortsteile diese Stadt. Er sagt, dass sowohl die Ortschaftsräte als auch die Stadträte einen Eid zum Wohle der Einwohner der Stadt Chemnitz geschworen haben. **Herr Neubert** wünscht sich, dass die Stadträte respektvoller miteinander umgehen. Persönliche Befindlichkeiten oder Anfeindungen hätten in den Beratungen nicht zu suchen, da die ganze Stadt auf die Stadträte schaue. Zum Abschluss macht er deutlich, dass alle Bürgerservicestellen in den Ortschaften geschlossen seien und bittet um Überprüfung, ob diese wieder geöffnet werden könnten.

- Sitzungspause von 14:19 Uhr bis 14:35 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze stellt fest, dass nunmehr 55 Stadtratsmitglieder anwesend sind.

Beratung über den Ergebnishaushalt 2021

Lfd. Nummer 1

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) zeigt seine Befangenheit an und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) spricht als Vorsitzender des AGENDA-Beirates zu diesem als auch zum Änderungsantrag laufende Nummer 41. Die Carlowitz-Gesellschaft habe eine internationale Bedeutung erlangt, die diese Mittel wert sein sollte. Auch die Preisträger des Carlowitz-Preises tragen zu dieser Bekanntheit bei und zeigen die Breite der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft. Auch in Hinblick auf die Kulturhauptstadt würden die Nachhaltigkeitskonferenzen die Stadt Chemnitz international vertreten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Lfd. Nummer 2

Herr Stadtrat Müller-Rosentritt (FDP-Fraktion) führt aus, dass in vielen Ländern Verwaltungsvorgänge bereits digital möglich seien, die es in Deutschland nicht sind. Sachsen soll zu dem digitalsten Bundesland werden, wobei Chemnitz eine Vorreiterposition wahrnehmen solle. Den Bürgern solle die Möglichkeiten der Digitalisierung der Verwaltungstätigkeiten ermöglicht werden. Den Besuchern im Jahr der Kulturhauptstadt soll eine Stadt der Moderne gezeigt werden. Es sei die Aufgabe dieser Generation die Digitalisierung voranzutreiben und Chemnitz zur digitalsten Stadt Europas werden zu lassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 3

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 4

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 5

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass es sich bei der beantragten Maßnahme um eine wichtige Schulbaumaßnahme handle, welche umgesetzt werden müsse. Dies solle durch die Mittel der Schulbauförderung gedeckt werden, was bedeute, dass andere Maßnahmen nicht umgesetzt werden könnten. Dabei sollten keine Maßnahmen gegeneinander ausgespielt

werden. Die Verwaltung solle die Sanierungen so planen, dass diese in einem Zuge vollständig erfolgen können. Sie fragt, wie das Projekt umgesetzt werden könne, ohne andere Maßnahmen zu gefährden. Sollte dies nicht möglich sein werde ihre Fraktionsgemeinschaft den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass das Schulbaubudget eines der größten sei und sich um über 80 Schulen gekümmert werden müsse. Das könne nicht alles gleichzeitig durchgeführt werden. Er kann keine Deckungsquelle vorschlagen, da das bedeuten würde, dass eine andere Maßnahme nicht durchgeführt werden könnte. Zu der angegebenen Deckungsquelle erläutert er, dass es sich um den Bauunterhalt der Grundschulen handle. Davon seien 600.000 Euro für laufende Wartungen und Prüfungen von Sicherheitsanlagen erforderlich. Pro Schulen stünden so noch ca. 30.000 Euro pro Jahr zur Verfügung, welche für Havarien verwendet werden, was sehr wichtig sei. Ein Eingriff würde den Handlungsspielraum massiv einschränken.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag ablehnen werde, aber im Schul- und Sportausschuss gemeinsam mit den Fachämtern über eine gemeinsame Lösung gesprochen werden solle. Ziel sei eine Lösung für den zweiten Rettungsweg und die Entwässerung. Sie bittet das Dezernat 5, Vertreter des Ortschaftsrates Mittelbach, des Fördervereins, des Elternbeirates und der Lehrerschaft in einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen und über eine Lösung zu beraten.

Herr Bürgermeister Burghart betont, dass nur auf Maßnahmen zurückgegriffen werden könne, die nicht schulnetzplanerisch untersetzt seien. Das wären Maßnahmen zur Grundschule Adelsberg, welche nicht stattfinden könnten. Er weist auf die Anforderungen hin. Aktuell ist absehbar, dass die Anzahl der Schüler abnehmen werde und der Platzbedarf pro Schüler nicht wachse. Er bietet an, dass das in die Diskussion mitgenommen und bei Spielraum durch andere Fördermittel in die Prioritäten mit aufgenommen werden könne.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) ist der Meinung, dass das Problem jedes Jahr bestehe, da nicht genügend Werbung im Umland gemacht werde. Dagehingehend müsse man aktiver werden. Das Problem sei, dass die Sanierungen nicht beendet werden und durch z. B. Zahlung von Mieten die Kosten steigen würden. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die Schule in Kleinolbersdorf-Altenhain die letzte Schule sei, die saniert werde. Er könne dem Antrag nicht zustimmen, da es eine Festlegung gebe, an die sich gehalten werden solle.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, wie viel preiswerter es wäre, wenn Schulen koordiniert nacheinander fertigstellen würde. Als Beispiel nennt er die Schule Altchemnitz.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 6

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass das Schulrechenzentrum zusammen mit dem medienpädagogischen Zentrum die Technik betreuen, unterhalten und für Fragen zur Verfügung stehen würde. Beim Digitalpakt wurden diese Menschen bedacht. Mit diesen Einrichtungen habe man eine gute und sichere Basis geschaffen, welche nun auch personell mit-halten müsse. Die Aufgaben würden in einem hohen Maße wachsen, das Personal aber nicht. Zum Auffangen dieser Mehrbelastung benötige es einen Stellenauf-wuchs. Er ändert die Deckungsquelle der höhenverstellbaren Schreibtische auf die Rückforderung von Entgelten.

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) teilt mit, dass ihre Fraktionsgemeinschaft den Bedarf ebenfalls sehe. Allerdings sei es bei dem massiven Stellenabbau nicht vertretbar hier einzelnes Personal aufzusto-cken. Das sei Aufgabe der Verwaltung. Die erste Deckungsquelle sehe sie kritisch, da nicht in die Tarifhoheit eingegriffen werden solle. Ihre Fraktionsgemeinschaft werde den Antrag mehrheitlich ablehnen.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) möchte wissen, ob die Aufstockung der Stellen wirklich notwendig sei und der Betrag für 0,8 AE ausreichend sei.

Herr Oberbürgermeister Schulze antwortet, dass diese für ein halbes Jahr wirk-sam werde und daher ausreichend sei. Die benannte Deckungsquelle der Flugkos-ten sei machbar, schränke aber die internationale Arbeit ein.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ent-gegnet, dass die Deckungsquelle aufgrund der andauernden Pandemie gewählt wurde.

Herr Oberbürgermeister Schulze sagt, dass es eine Delegationsreise nach Russ-land für die Wirtschaftsförderung und internationale Beziehung gebe, welche ca. 7.000 Euro koste.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(21 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Lfd. Nummer 7

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass für die Übernahme elektronischer Daten das Stadtarchiv gesetzlich zuständig sei. Die Dokumente müs-sen dauerhaft gesichert werden, wodurch ein Stellenaufbau zwingend erforderlich sei.

Herr Bürgermeister Runkel erachtet die Deckungsquelle als äußerst kritisch, da es einen Stadtratsbeschluss zur Aufstockung des Stadtordnungsdienstes gibt. Es seien permanent nicht alle Stellen besetzt, jedoch laufe dauernd ein Besetzungs-verfahren. Es hätte zur Folge, dass eine Stelle entgegen des Beschlusses gestri-chen werden müsste.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) zeigt sich verwundert, dass die CDU-Ratsfraktion diese Quelle benennt. Die Deckungsquelle sei abzulehnen.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass es einige Anträge, wie diesen hier, gebe, die inhaltlich unterstützt werden müssten. Er spricht für seine Fraktion und sagt, wenn es eine Pflichtaufgabe sei, müsse die Verwaltung die Stellenbesetzung klären.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) fragt, wie viele Stellen aktuell unbesetzt seien und ob Einstellungen in den nächsten zwei Monaten realistisch seien.

Herr Bürgermeister Runkel antwortet, dass derzeit vier Stellen unbesetzt seien. Es gebe Krankheiten und Fluktuationen und immer ein Risiko, eine Stelle nicht besetzen zu können. Die Durchführung von Besetzungsverfahren sei in der Zeit von Corona schwierig. Er ist zuversichtlich, dass die Stellen in nächster Zeit, wenn auch nächstes Jahr, vollständig besetzt werden können.

Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass es nicht Aufgabe der Fraktionen sein könne, die Pflichtaufgaben der Verwaltung nachzufinanzieren. Er führt aus, dass es momentan nicht besetzte Stellen und somit nicht gezahlte Gelder gibt. Um diese Einsparungen gehe es. Eine dauerhafte Streichung sei nicht gewollt.

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sieht diese Deckungsquelle ebenfalls kritisch, da es auch eine Gesetzesänderung gebe. Die Stelle sei zudem nicht nur für 2021 gedacht, wodurch diese Mittel dann nicht mehr verwendet werden könnten.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, wie eine dauerhafte Finanzierung aussehe, wenn die Stellen des Stadtordnungsdienstes voll besetzt seien.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 8

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) geht auf die Historie der Beschlussfassungen durch den Stadtrat und anschließende Konzepte zum Thema des Tierparks von den Jahren 2012 bis 2018 ein. Dabei standen Vorlagen oft unter einem Haushaltsvorbehalt. Der Masterplan Tierpark 2030 + enthielt vier Umsetzungsstufen bis 2030 und ein Investitionsvolumen von 40 Mio. Euro. Bisher wurde lediglich der Betriebshof umstrukturiert. Im letzten Jahr wurde dann eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für Planungen beschlossen, um bis 2025 einen deutlichen Baufortschritt zu machen. Es sei unverständlich, warum nun für die Haushaltsjahre 2021/2022 keine Mittel für Investitionen für die Umsetzung des Masterplanes geplant seien. Das stimme viele fassungslos. Um das Wirken des Fördervereins zu unterstützen, wurden die Änderungsanträge eingereicht. Abschließend geht sie auf die aufgeführten Deckungsquellen ein. Ihre Fraktion stehe weiterhin hinter dem Projekt „Alternative Wohnformen“, jedoch werden die Mittel nicht in der vorgesehenen Höhe benötigt.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) weist darauf hin, dass seine Fraktion sofort auf das Tragen der Mund-Nasen-Bedenkung hingewiesen werde, andere Fraktionen jedoch mehrere Minuten keine Maske tragen würden.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) stellt eine Nachfrage zur Förderung der Unterhaltung und des Neubaus. Die letzten Mittel seien in ein Projekt geflossen, wofür dann ein Zuschuss der Stadt erforderlich sei und das der Koordinierung des Baudezernates unterliege. Er möchte wissen, inwieweit so ein Kreislauf rechtens sei. **Herr Stadtrat Boden** fragt zudem, ob eine Erhöhung bei der Hundesteuer zu erwarten sei und ob die Steuern dafür zweckgebunden seien. Es gebe beispielsweise Probleme mit Hundewiesen.

Herr Oberbürgermeister Schulze antwortet, dass Steuern nicht zweckgebunden seien. Es gehe nicht darum, ein Projekt des Baudezernates zu fördern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 9

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass die freie Kultur maßgeblichen Einfluss auf das geistige und kulturelle Klima der Stadt habe und die Attraktivität der Stadt beeinflusse. Es liege in der Verantwortung der Stadt, der freien Szene einen definierbaren finanziellen Anteil für die Förderung ihres Angebotes zur Verfügung zu stellen. Die Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Gewährung von Zuwendungen im Bereich Kunst und Kultur zeige verbindlich auf, dass die Stadt durch Gewährung von Sachleistungen und städtischer Mitwirkung diese zu fördern habe. Die Anträge mit den laufenden Nummern 9 und 51 sollen diesem gerecht werden. Mit den genannten Summen könne nicht allen Wünschen und Bedarfen entsprochen werden. Die Basisfinanzierung der freien Kultur solle aber stabil gehalten werden.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die freie Kultur anfangs größere Bedürfnisse angezeigt hätte, aber sich im Kulturbeirat maßvoll verständigt wurde. Auch für die Vorbereitung der Kulturhauptstadt sei dieser Aufwuchs gewünscht. Sie sagt, dass die Deckungsquelle der städtischen Theater von ihrer Fraktion immer abgelehnt werden würde, da die Kultur nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfe und die städtischen Theater die Gelder benötigen.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) sagt, dass in der letzten Stadtratssitzung festgestellt worden sei, dass die freie Kultur wertschöpfend sei. Was hier unterstützt werden soll, sei es jedoch nicht.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass das Verfahren nicht neu sei und für die Kulturhauptstadt noch einige Stellschrauben biete. Bei der Berechnung des Etats wurden Bereiche herausgenommen, die dem Kulturbereich jedoch zugeordnet wurden. Auch Träger, welche staatliche Sammlungen übernommen haben, seien noch als freie Kultur gekennzeichnet. Er appelliert, dass gemeinsam und mit Blick auf die Kulturhauptstadt das Thema erneut behandelt werde. Die freie Szene soll nachhaltig, direkt und im Rahmen der demokratischen Gremien vom Prozess der Kulturhauptstadt profitieren.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, an welche Kriterien die Verteilung gebunden sei, unter welcher Kontrolle die Verteilung statfinde und wer dabei einbezogen werde.

Herr Oberbürgermeister Schulze antwortet, dass im Kulturausschuss konkrete Maßnahmen beschlossen werden, eine Vorberatung im Kulturbeirat erfolge und so die Fraktionen in den Gremien vertreten seien.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 10

Frau Stadträtin Bombien (SPD-Fraktion) führt aus, dass die Resonanz auf den kostenfreien Eintritt in die Kunstsammlungen, das Naturkundemuseum und das Industriemuseum überwiegend positiv gewesen sei. Ein freier Eintritt könne Hemmnisse abbauen und Interesse wecken. Da aufgrund der Pandemie in den ersten Monaten keine Besuche möglich waren, seien die Deckungsquellen so benannt worden.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt nach Erkenntnissen der Stadt, ob die Menschen nur aufgrund des kostenlosen Eintritts gekommen seien oder auch ohne diesen die Einrichtungen besucht hätten.

Herr Bürgermeister Burghart entgegnet, dass es tatsächlich so sei, dass dadurch zusätzliche Besuche stattfanden, die es sonst nicht gegeben hätte.

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass der Beschluss unter großer Aufmerksamkeit der Bürger gefasst worden sei. Der kostenlose Besuch sei ein kulturpolitischer Wert, was auch die Jury der Kulturhauptstadtbewerbungen gesehen habe. Die Bedeutung dieses Angebotes sei nicht gesunken.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 11

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 12

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) führt aus, dass die Rückstellungen für einen konkreten Zweck gebildet wurden und somit keine Deckungsquelle darstellen.

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass das Geld für die wichtige soziale Arbeit ausgegeben werde. Diese sei für Tarifanpassungen gedacht, die die freien Träger benötigen würden. Ihre Fraktionsgemeinschaft unterstütze die Forderung nach der Bezahlung nach dem Tarifvertrag. Es werde ein Haushalt benötigt, welcher zukunftsfest sei.

Herr Oberbürgermeister Schulze weist darauf hin, dass nur Anträge abgestimmt werden können, die rechtlich zulässig sind. Dieser sei es jedoch nicht.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bringt einen Änderungsantrag zur Deckungsquelle ein. Es werde große finanzielle Probleme geben und es gehe darum das Niveau zu halten. Die neue Deckungsquelle für das Jahr 2021 sei der Wegfall der Sleep-In-Stelle. Diese könne dieses Jahr nicht zustande kommen.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass die neue Deckungsquelle rechtlich zulässig sei.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstützt das Anliegen der Zahlung nach Tarifvertrag, bittet aber darum, soziale Angebote nicht untereinander auszuspielen. Die Sleep-In-Stelle könne nicht aus dem Haushalt gestrichen werde.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass es zu der Deckungsquelle noch weitere Anträge gebe.

- Sitzungspause von 15:34 Uhr bis 15:47 Uhr -

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(26 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Frau Stadträtin Zubrytzki (CDU-Ratsfraktion) erklärt das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion. Diese habe gegen den Antrag gestimmt, da die Mittel eine Erhöhung darstellen und somit der Status Quo nicht gehalten werde. Andere soziale Projekte könnten so auch nicht gefördert werden.

Lfd. Nummer 13

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht zu diesem und dem Änderungsantrag laufende Nummer 34. Damit werde der Betriebskostenzuschuss für das Chemnitzer Geburtshaus beantragt. Diese Einrichtung sei unverzichtbar für Eltern und Kinder. Seitens des Hauses werde aktiv um neue Hebammen geworben und Hebammen ausgebildet. Somit werde ein wichtiger Beitrag für Hebammen für die Stadt und die Region geleistet.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion)**, wer der Träger des Geburtshauses sei, informiert **Herr Bürgermeister Burghart**, dass das Geburtshaus durch den Erlebnis Geburt e. V. betrieben werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 14

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) erklärt, dass die momentane Situation für Familien eine doppelte Belastung darstelle. Der Stadtrat sei auch für das Kindeswohl verantwortlich. Es handle sich bei der Beantragung von zwei Stellen nicht um einen Aufwuchs, sondern um eine Stellenverschiebung. Bei der Deckungsquelle greife seine Fraktion auf Erzieherstellen zurück, welche dieses Jahr nicht zur Ausschreibung kommen werden.

Im Kitabedarfsplan sei ersichtlich, dass es weniger Kinder und somit weniger Erzieherstellen geben werde. Es gehe darum, einen Aufbau von Stellen, welcher nicht kommen werde, in einen anderen Bereich zu verschieben. Abschließend möchte er wissen, ob die Stellen ausgeschrieben werden und wenn ja, wann das erfolge. Er glaube anhand des Bedarfsplanes nicht an eine Ausschreibung.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) fragt, inwieweit Neueinstellungen geplant seien bzw. ob diese 2021 durchgeführt werden. Er möchte außerdem wissen, wie viele Stellen beim ASD überhaupt besetzt seien und ob eine Unterdeckung gegeben sei.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass seine Fraktionsgemeinschaft gegen einen Stellenaufbau sei.

Herr Bürgermeister Burghart fragt, woher die Information zur Deckungsquelle komme. Er sagt, dass es richtig sei, dass die Anzahl der Geburten rückläufig sei und aktuelle freie Plätze existieren, für die dann keine Erzieher eingestellt werden. Ob das dauerhaft so bleibe, könne er nicht sagen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) entgegnet, dass aus der Kita-Bedarfsplanung ersichtlich sei, dass es ca. 500 Kinder weniger werden und zehn Erzieher mehr aufgezogen werden. Daraus ergebe sich eine Differenz, woraus sich eine Deckungsquelle ergebe.

Herr Oberbürgermeister Schulze ergänzt, dass das Jugendamt den Bedarfsplan aufgestellt habe und ursprünglich 20 neue Stellen beantragt wurden. Es wurde sich letztendlich auf zehn Stellen verständigt.

Herrn Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) sei bekannt, dass noch Erzieherstellen fehlen würden. Wenn dem so sei, könnten keine Stellen weggenommen werden

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) erinnert an die Frage nach der aktuellen Situation beim ASD.

Herr Bürgermeister Burghart antwortet, dass es eine Untersuchung gebe, die eine Unterdeckung von etwa 3,5 Stellen im Jahr 2019 festgestellt habe. Aktuell müsse bedacht werden, wie viele Mitarbeiter da bzw. krank seien. Durch Neueinstellungen werde diese Lücke nicht zwingend geschlossen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass es einen Unterschied zwischen nichtbesetzten und zusätzlichen Stellen gebe.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) bringt einen Änderungsantrag zur Deckungsquelle ein. Diese soll nun die Sleep-In-Stelle sein.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 16

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass der Stadtrat mehrheitlich den ursprünglichen Beschluss für das kostenfreie Vorschuljahr beschlossen habe. Damit sollten Kinder, unabhängig der finanziellen Mittel, auf die Schule vorbereitet werden. Anschließend nennt sie Beispiele, warum das Vorschuljahr so wichtig sei. Mit dem Antrag könnte eine Vielzahl der Menschen konkret erreicht werden. Dass ihre Fraktion mit dem Anliegen nicht alleine stehe, würden Briefe des Kreiselternrates sowie Eltern und die Kommentare der Chemnitzer Bürger zur Abschaffung des kostenlosen Vorschuljahres zeigen. Da die vorgeschlagene Deckungsquelle jedoch unzulässig sei, zieht ihre Fraktionsgemeinschaft bedauerlicherweise diesen und den Folgeantrag 116/21 zurück.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) versteht das Anliegen, jedoch dürfe die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes nicht gefährdet werden. Sie verweist auf die Anträge ihrer Fraktion.

Lfd. Nummer 17

Herr Oberbürgermeister Schulze teilt mit, dass die benannte Deckungsquelle im Verlauf des heutigen Tages geändert wurde.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) führt aus, dass die Eltern teilweise entlastet werden sollen. In der Zeit der Vorschule gebe es erhöhte Aufwendungen für die Eltern. Mit dem Antrag solle das abrupte Ende des kostenlosen Vorschuljahres abgefangen werden. Anschließend geht sie grundsätzlich auf die Deckungsquelle der städtischen Theater ein. Aufgrund der besonderen Situation seien die Mittel vorhanden. Der Zuschlag, welcher für das Jahr 2021 veranschlagt wurde, leite sich aus der Theaterkonzeption ab. Diese basiere auf Annahmen des Geschäftsverlaufes, welche nichts mit der aktuellen Situation zu tun habe. Dennoch wurde an der Zuschussgröße festgehalten. **Frau Stadträtin Meyer** erklärt, dass der Wirtschaftsplan an Corona angepasst wurde. Jedoch komme die gleiche Zuschusssumme heraus. Die Minderung der Personalkosten um eine Million Euro sei nicht korrekt, sei aber beschlossen worden. Des Weiteren seien die Umzugs- bzw. Auslagerungskosten nicht im Wirtschaftsplan enthalten. Ihre Fraktion gebe die Deckungsquelle an, da sie sachlich nachgerecht habe und Mittel für die Gegenfinanzierung des Vorschuljahres gegeben seien.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) erachtet es als Unverschämtheit, was den Theatern und den Aufsichtsratsmitgliedern unterstellt werde. Sie schildert, dass die Berechnungen seriös und nachvollziehbar seien. Dem Schauspielhaus stünde ein Umzug bevor und es müsse für mindestens zwei Jahre geschlossen werden. Chemnitz könne nicht in dem Jahr der Kulturhauptstadt ohne ein Schauspielhaus sein. Aus diesem Grund werde eine Ersatzspielstätte benötigt, für die Umzugs- und Einrichtungskosten und vor allem Mietkosten gezahlt werden müssen. Ihre Fraktion werde dieser Deckungsquelle generell nicht zustimmen, da bei den Theatern knapp gerechnet werde.

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass es für die Eltern nur eine minimale finanzielle Entlastung darstelle. Für die freien Träger bedeute es zudem einen hohen bürokratischen Aufwand. Ihre Fraktionsgemeinschaft werde den Antrag ablehnen.

Herr Bürgermeister Burghart führt aus, dass 25 % der Kinder von Gebühren befreit und 17 % reduzierte Beiträge bezahlen müssten. Er erklärt zu dem Thema der städtischen Theater, dass in der Zeit, als der Wirtschaftsplan erstellt wurde, noch nicht klar war, wie lang das Theater nicht spielen könne und wie ein Übergangsprogramm aussehen könnte. Er bittet um Respekt, auch gegenüber dem Geschäftsführer der Häuser. Er erklärt, dass die Bezahlung nach Tarifvertrag durch das Förderprogramm des Freistaates möglich sei. Wenn diese Kosten in der Höhe nicht angefallen sind, könne der Freistaat die Fördermittel zurückverlangen. Wenn man dieses Geld für andere Zwecke verwende, sei man schlecht beraten. Hohe Beträge können so nicht ermöglicht werden.

Herr Stadtrat Bader (fraktionslos) stellt die Frage in den Raum, ob der Wirtschaftsplan in Ordnung wäre. Zu hinterfragen sei außerdem, ob es das geschilderte Einsparungspotential gebe. Er sieht ein solches Potential als gegeben.

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) findet die Aussagen von Frau Stadträtin Meyer nicht nachvollziehbar. Im Aufsichtsrat seien die Angaben sorgfältig geprüft wurden.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) erklärt, dass das kostenfreie Vorschuljahr eine andere Gruppe erreicht habe. Jetzt handle es sich um eine Gruppe, die keine Sozialleistungen erhalte und nun Probleme durch Kurzarbeitergeld ohne ähnliches habe. Es ginge hier um ein Signal an die Bevölkerung und eine Abfederung, da das kostenlose Vorschuljahr nicht gesichert werden könne.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) würde diesen Umzug gern im Wirtschaftsplan sehen wollen. Sie wolle eine Transparenz für die Bürger.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass in der Aufsichtsratssitzung im November informiert wurde. Nach diesen Informationen sollte schnellstmöglich eine Sondersitzung des Aufsichtsrates einberufen werden, was erst im Januar möglich gewesen sei. Im Schauspielhaus sei dann das ganze Vorhaben ausführlich erläutert worden, wobei deutlich wurde, dass die wirtschaftlichste Variante der Auszug sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- Sitzungspause von 16:46 Uhr bis 17:04 Uhr -

Lfd. Nummer 18

Es besteht kein Verhandlungsbedarf

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Lfd. Nummer 19

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) stellt dar, dass es sich um ein junges Projekt handle, welches durch die Pandemie in einer schwierigen Zeit gestartet sei. Sie nennt einige Erfolge dieses Projektes. Die Kitaunterstützungsoffensive leiste einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Kosten für die Hilfen der Erziehung. Es brauche eine Verstärkung, dass einerseits die Eltern eine langfristige Perspektive bei den Ansprechpartnern und die Kollegen eine sicher berufliche Perspektive hätten.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass seine Fraktion ein Problem mit der ursprünglichen Deckungsquelle gehabt hätte, die Diskussionen aber zeigen würden, dass die Deckungsquelle verwendet werden könne. Das Projekt solle weiter kontrolliert werden, da die Evaluierung aufgrund der Corona-Pandemie keine tiefgründigen Ergebnisse bringen konnte. Seine Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) möchte wissen, ob die Deckungsquelle ratsam sei, da höhere Arbeitslosenzahlen zu erwarten seien.

Herr Bürgermeister Burghart antwortet, wenn die Deckungsquelle nicht mehr tragbar wäre, würde das die Verwaltung mitteilen. Nur weil die Arbeitslosenzahlen steigen könnten, hieße das nicht, dass die Kosten der Unterkunft und Heizung steigen würden. In der Planung sei dies aber berücksichtigt worden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 20

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass man im Sinne der Eltern und nicht der Antragssteller entscheiden müsse. Er wirbt für den Antrag.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt, ob die Deckungsquelle noch verfügbar sei.

Herr Oberbürgermeister Schulze bejaht dieses.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 21

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) bringt eine geänderte Deckungsquelle ein. Diese soll nun die Sleep-In-Stelle darstellen und soll auf das Jahr beschränkt werden.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass ihre Fraktionsgemeinschaft das Anliegen unterstütze, aber ein weiterer Vorgriff auf die nun genannte Deckungsquelle, die Möglichkeit dieses Projektes nehme.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen werde und die Deckungsquelle möglich sei, da es dieses Jahr die Sleep-In-Stelle nicht geben werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

Lfd. Nummer 22

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) zeigt seine Befangenheit an und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass mit steigender Vereinsgröße ein ehrenamtlicher Trainings- und Übungsbetrieb kaum möglich sei. Die Chemnitzer Floor Fighters hätten sich sehr gut entwickelt, was auch durch Auszeichnungen anerkannt wurde. Die Kriterien der kommunalen Förderung einer Trainerstelle seien damit erfüllt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 23

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass die Turnhalle schon seit längerer Zeit reparaturbedürftig sei. Eine Reparatur sei notwendig, um noch größere Schäden zu vermeiden

Herr Stadtrat Bader (fraktionslos) möchte wissen, wie es dazu kommen könne, dass es eine lange Zeit hereinregnen konnte, ohne, dass etwas geschehen sei.

Herr Bürgermeister Burghart antwortet, dass es im letzten Jahr einen Antrag zur Fassadengestaltung gab und festgestellt wurde, dass das Vorhaben umfangreicher sei. Es gebe eine Prioritätenliste für einzelne Projekte, welche transparent sei. Hier handle es sich um Planungsmittel. Danach müssten Fördermittel beantragt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 24

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass es sich bei der beantragten Maßnahme um einen nicht umgesetzten Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2019 handle. Damals sei beschlossen worden, dass ein Förderprogramm für private Bauherren für Fassadenbegrünung einzurichten ist. Sie nennt Komponenten, die enthalten seien sollen. Dem Klimawandel müsse entschiedener entgegengetreten werden.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bittet um genauere Schilderungen des Vorhabens.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, welche Ämter das nach welchen Richtlinien gleichberechtigt umsetzen sollen.

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass es dazu im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität eine Vorlage gegeben habe. Diese enthielt einen Entwurf der Richtlinie.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen)**

Lfd. Nummer 25

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) spricht für die Anträge der laufenden Nummern 25 und 27. Das Stadtteilmanagement sei eine Ansprechstelle für Bürger, organisiere die Bürgerbeteiligung und sei wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Diese Arbeit solle kontinuierlich fortgesetzt werden. Diese seien auch für den Prozess der Kulturhauptstadt wichtig. Zur Deckungsquelle sagt er, dass die Ferienfreizeit momentan nicht möglich sei und diese in der Vergangenheit gut ausgestattet war.

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt die Auswirkungen der Kürzungen. Für das Jahr 2022 sei ihre Fraktionsgemeinschaft kein Miteinreicher, da sie der Hoffnung sei, dass im kommenden Jahr wieder Feriengestaltungen möglich sein können.

Herr Bürgermeister Burghart sieht diese Deckungsquelle für das Jahr 2022 nicht gegeben. Er schlägt vor die beiden Anträge auf 7.500 Euro zu reduzieren, damit die Deckungsquelle noch möglich sei.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, inwieweit sich Herr Stadtrat Vieweg zum Antrag des Stadtteilmanagement Süd befangen fühle.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schätze die Arbeit der Stadtteilmanagements, erachtet die Deckungsquelle jedoch als schwierig. Ihre Fraktionsgemeinschaft habe das Thema der Feriengestaltung noch nicht abgeschrieben. Wenn etwas statfinde, dann werde das mit erheblichen Mehrkosten zusammenhängen. Ihre Fraktionsgemeinschaft werde sich der Stimme enthalten.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) möchte wissen, ob der damals beschlossene Umfang von ca. 135.000 Euro noch so sei und ob in der Vergangenheit nicht alle Mittel abgerufen wurden.

Herr Bürgermeister Burghart antwortet, dass das richtig sei und deshalb der Planansatz reduziert worden sei.

Herr Oberbürgermeister Schulze ergänzt, dass im Planansatz 90.000 Euro vorhanden seien.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) sagt, dass man für das Jahr 2022 nochmals nach einer Deckungsquelle schauen werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 26

Frau Stadträtin Mäder (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ändert die Deckungsquelle in die Einsparung des Fuhrparkes der Stadt Chemnitz, da aufgrund der Pandemie die Mittel zur Verfügung stehen müssten. In Chemnitz solle es einen breiten Mobilitätsmix für alle geben.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) spricht gegen den Antrag. Es sei unverständlich, warum private Anbieter, welche Gewinn erwirtschaften, unterstützt werden sollen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass es unverständlich sei, dass das kostenlose Parken abgesetzt werde aber private Unternehmen subventioniert werden sollen. Fraglich sei dazu auch die rechtliche Grundlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 27

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 28

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) nennt Beispiele für den Verfall der Straßen. Die Verkehrswege seien nicht nur in den Randgebieten der Stadt schlecht. Die Brücken- und Fußwege in der Innenstadt seien in einem schlechten Zustand und das Niveau der Ausbesserung der Straßen sei außerdem nicht sehr gut, was zu Gefährdungen führe. Der Straßenerhalt sei abhängig von den finanziellen Mitteln, welche im Haushalt zur Verfügung stehen würden. Diese würden sich also nicht nach den wirtschaftlichen Erfordernissen richten. Es werde jedoch erst eine funktionierende Infrastruktur benötigt. Die Mittel für die Theater müssten hinterfragt und die Zuschüsse für den Kulturbetrieb sollen der Realität angepasst werden.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde und über die Deckungsquelle bereits gesprochen wurde. Des Weiteren gebe es von seiner Fraktion einen eigenen Antrag, welcher eine langfristige Perspektive beinhalte.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass die Mittel für die Theater kein Problem darstellen würden und etwas für die Chemnitzer Straßen und Radwege getan werden müsse. Es gebe einen großen Rückstau in diesem Bereich.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) sagt, dass in den vergangenen Jahren die Prioritäten auf Kitas und Schulen gesetzt wurden.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt an, dass der eigentliche Handlungsbedarf bei den Fußwegen sei.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) weist darauf hin, dass das Thema im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit diskutiert wurde.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 29

Herr Oberbürgermeister Schulze teilt mit, dass die einreichende Fraktionsgemeinschaft die Änderung der Deckungsquelle vorgenommen habe.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass das Radwegenetz von vielen als unsicher wahrgenommen werde. Gleiches würde für das Sicherheitsempfinden auf den Fußwegen gelten. Hier gebe es in Chemnitz dringenden Handlungsbedarf, da es auch für die älteren Menschen und Familien mit Kinderwagen eine große Herausforderung darstelle. Es bedarf ein jährliches Budget für die Instandsetzung von Rad- und Fußwegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 30

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass es dringenden Bedarf bei den Bestandsradwegen gebe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 31

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt zur Deckungsquelle, dass der Bauunterhalt für die Ausbesserung der notwendigen Schäden vorgesehen sei und die Mittel entsprechend fehlen würden. Die Brücke sei in der Last eingeschränkt jedoch funktionsfähig

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) teilt mit, dass seine Fraktionsgemeinschaft dem Antrag nicht zustimmen werde. Er möchte wissen, warum diese Maßnahme nicht im Investitionshaushalt enthalten sei. Auch zu den nachfolgenden Anträgen zum Thema Straßen sagt **Herr Stadtrat Scherzberg**, dass es einen Stadtratsbeschluss für eine Prioritätenliste gab, welche eingehalten werden solle. Da der Freistaat nicht mehr so viele Fördermittel zahlt, könne die Stadt nicht so viele Straßen reparieren.

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass es andere Brücken gebe, die für den Verkehr in Chemnitz von größerer Bedeutung seien.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bringt einen Änderungsantrag zur Deckungsquelle ein. Die Restmittel aus der Budget der Sleep-In-Stelle sollen dafür verwendet werden.

Herr Oberbürgermeister Schulze entgegnet, dass nur der Ortschaftsrat die Deckungsquelle ändern könne. Es müsste ansonsten ein eigener Antrag eingebracht werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen)

Lfd. Nummer 32

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass der Stadtrat die Einführung der Fußgängerüberwege mit großer Mehrheit beschlossen habe. Es seien viele Vorschläge eingegangen, die seitens der Verwaltung geprüft werden. Damit daraus auch Maßnahmen werden können, müssten Mittel eingeplant werden.

Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) möchte zur Deckungsquelle wissen, ob diese seriös sei.

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) ist der Auffassung, dass zunächst geschaut werde, welche Überwege rechtlich zulässig wären. Sie fragt nach dem aktuellen Stand, da sie es für nicht möglich halte, dass die Gelder in dieser Summe benötigt werden würden.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass durch die Bürgerbeteiligung 100 Vorschläge eingegangen seien, die seitens der Verwaltung geprüft wurden. Über 20 Vorschläge seien umsetzbar. Dazu bedarf es aber noch einer Verkehrszählung, welche zu Zeiten der Corona-Pandemie nicht repräsentativ gewesen wären. Das solle im Sommer nachgeholt werden. Bei über 20 Überwegen werde von einem Bedarf von 600.000 Euro ausgegangen. Das werde sich reduzieren, wenn diese nicht zustande kommen würden.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) teilt mit, dass es zu einer Erhöhung der Grundsteuerbeträge durch zunehmende Bautätigkeiten kommen werde.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass seine Fraktionsgemeinschaft dem Antrag zustimmen werde. Die Reaktion der Bürgerschaft zeige, dass der Bedarf an Überwegen bestehe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 33

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert, dass es eine Vielzahl von Klimabeschlüssen gebe. Bei dem Absterben der Bäume oder Neupflanzungen der Bäume sowie der Finanzierung der Pflege, liege man in Chemnitz weit zurück. Er nimmt Änderungen an der Deckungsquelle vor. Hinzu kommen noch die Einnahmen aus der Hundesteuer und Zinsen aus Kassenkrediten. Die Summe erhöhe sich auf 305.000 Euro.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) informiert, dass die Deckungsquelle der Kassenkredite nicht mehr zur Verfügung stehe.

Herr Oberbürgermeister Schulze teilt mit, dass der Einreicher eine Summe von 240.000 Euro nennt und die Deckungsquelle der Kassenkredite gestrichen habe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- Sitzungspause von 18:00 Uhr bis 18:45 Uhr -

Lfd. Nummer 34

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass der Antrag zum beantragten Thema im Jahr 2019 die Mehrheit im Stadtrat erreicht habe. Nun gebe es aber im Haushalt keine Mittel für dieses Projekt, obwohl es diesen Beschluss gebe. Mit dem Änderungsantrag solle der Fehler geheilt werden.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) möchte wissen, ob es bereits eine Resonanz zu dieser Förderung gegeben habe.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) verweist ebenfalls auf den Beschluss aus dem Jahr 2019. Das Thema sei dann im Januar 2021 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität diskutiert worden. Dabei sei ein Budget von 70.000 Euro für zwei Jahre benannt worden. Diese müssten nun auch im Haushalt eingestellt werden. Er bittet abschließend die Verwaltung eine mögliche Förderung der Fahrradprojekte insgesamt über das neu aufgelegte Sonderprogramm von Bund, Stadt und Land zu prüfen.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet auf die Frage von Herrn Stadtrat Andres. Es seien keine Anträge eingegangen, da die Förderrichtlinie erst beraten wurde und eine Ausschreibung erst möglich sei, wenn die Mittel vorhanden wären.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, wie hoch die Konzessionsabgabe Strom bisher sei und wofür diese verwendet wurde.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) erläutert, dass der Ansatz der Konzessionsabgabe im Plan bei 750.000 Euro liege. Problematisch sei, dass auch die Energieversorger aufgrund der Pandemie Umsatzeinbußen zu verzeichnen hätten. Daher wurde die Abgabe geschätzt. Es könne höchstens 100.000 Euro mehr geben.

Herr Oberbürgermeister Schulze sagt, dass die Einnahmen nicht zweckgebunden seien.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass es sich bei dem Beschluss aus dem Jahr 2019 um einen Prüfauftrag gehandelt habe. Es gebe keinen Beschluss, weshalb auch nichts in den Haushalt eingestellt werden müsse.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) weist auf die zu Beginn gehaltenen Haushaltsreden der Fraktionen und die aktuelle Lage hin. Wenn die Abgaben höher ausfallen würden, als gedacht, würden diese dem gesamten Haushalt zu Gute kommen. So könne die Deckungslücke verringert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 35

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass es zu den Teichen der Stadt eine Informationsvorlage gegeben habe. Darin sei enthalten, dass 300.000 Euro einzustellen seien, um an der Sanierung der Teiche zu arbeiten. Aufgrund der aktuellen Lage und wichtigen Projekten wolle ihre Fraktion nun 200.000 Euro einstellen, um dem zuständigen Amt die Gelegenheit zu geben mit den gesetzten Prioritäten fortzufahren.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt, dass die Kulturlandschaft der Region durch zahlreiche, meist künstliche, Teiche geprägt sei. Diese seien den Menschen sehr wichtig. Mit dem Betrag könne der erste Weg der Sanierungen gegangen werden. Seitens des Landes gebe es ein Programm zum Thema „nachhaltig aus der Krise“, welches genutzt werden könnte.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) sagt, dass die Deckungsquelle auch für den Innenstadtfond verwendet werde und möchte wissen, ob nun beide Projekte durchgeführt werden würden.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) erklärt, dass eine Gewinnausschüttung von 100.000 Euro möglich wäre. Es gebe bereits zwei gefasste Beschlüsse mit 32.500 Euro.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob ein Beschluss des Aufsichtsrates der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H.(GGG) erfolgen müsse.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) bittet um eine kurze Auszeit.

- Sitzungsunterbrechung von 18:56 Uhr bis 19:01 Uhr -

Herr Stadtrat Di Leo (CDU-Ratsfraktion) fragt bezüglich der Gewinnabführung der GGG, ob es theoretisch möglich wäre die Höhe dieser anzupassen und ob ein Beschluss der Gesellschafterversammlung dazu denkbar wäre.

Herr Oberbürgermeister Schulze erklärt, dass ein Beschluss dazu generell über die Gesellschafterversammlung und nicht durch den Aufsichtsrat erfolgen müsse. Fraglich sei, was theoretisch möglich und was sinnvoll sei. Es gebe klare Deckungsquellen und Schätzungen.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass die GGG bisher 500.000 Euro abgeführt habe und nun in der mittelfristigen Planung eine Million Euro abführen müsse. Noch mehr Abführungen solle man der GGG nicht zumuten.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) weist darauf hin, dass der Innenstadtfond der GGG ebenfalls zu Gute komme, da sie die meisten Flächen in der Innenstadt besitze. Es werde daher auch viel an die GGG zurückgegeben. Bei der Finanzierung der Teiche sei das anders.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt, ob der GGG das tatsächlich entzogen werden könne oder diese das letzte Wort habe.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, ob es eine schriftliche Zusage der GGG gebe, dass diese Quelle verwendet werden könne, da es auch Änderungen des Wirtschaftsplanes nach sich ziehen würde. Dass die Sanierung der Teiche mit dieser Deckungsquelle finanziert werden soll, kann er nicht nachvollziehen. Mit dieser Deckungsquelle könne er nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Bader (fraktionslos) schließt sich dem Wechsel der Deckungsquelle an, da die Mittel für mögliche Sanierungen bei der GGG nicht mehr gegeben wären.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, wie viele Mittel noch bei den allgemeinen Schlüsselzuweisungen vorhanden wären und stelle einen Änderungsantrag zu den Deckungsquellen.

Herr Stadtrat Di Leo (CDU-Ratsfraktion) teilt mit, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimme. Er weist darauf hin, dass das Problem der Gewinnabführungen beim Thema des Innenstadtfonds dennoch bestehe.

Herr Oberbürgermeister Schulze sagt, dass es keine schriftliche Zusage der GGG gebe, da diese nicht abgefragt wurde. Es gab Absprachen zu den möglichen Abführungen, wobei 100.000 Euro genannt wurden.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt nochmals explizit nach, ob keine Zustimmung benötigt werde.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) antwortet, dass die GGG eine Tochtergesellschaft der Stadt mit hundertprozentiger Beteiligung sei. Der Oberbürgermeister übe dabei die Rolle des Gesellschafters aus. Eine Folge des Beschlusses sei, dass der Wirtschaftsplan angepasst werden müsse, welcher dem Aufsichtsrat vorgelegt werde. Der Aufgabensteller sei die Stadt in Form des Stadtrates.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 36

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass der Zustand der Wälder sich zunehmend verschlechtere und dieser Trend anhalten werde. Im letzten Jahr sei deshalb ein Beschluss gefasst worden, um das Ausmaß und mögliche Maßnahmen darzustellen. Die drei Stellen seien für diese Arbeiten zwingend notwendig. Auch aus arbeitsschutzrechtlicher Sicht sei ein Arbeiten nur zu dritt möglich.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) begründet für seine Fraktionsgemeinschaft, warum diesem Antrag zugestimmt werden müsse. Der Waldumbau zum europäischen Mischwald müsse geschehen, wofür es Personal und finanzielle Mittel benötige.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass sich seine Fraktion anschließe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Lfd. Nummer 37

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass durch die Waldkrise auch der Holzpreis gesunken sei. Die Erträge seien somit nicht mehr realisierbar. Die Aufgaben blieben jedoch bestehen.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob die exakten Waldverjüngungsmaßnahmen auf die städtischen Wälder begrenzt seien.

Herr Oberbürgermeister Schulze antwortet, dass das nur für die städtischen Wälder gelte.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt, dass es für andere Wälder Programme des Freistaates gebe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Lfd. Nummer 38

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass der Stadtwald auch ein Erholungswald sei und eine große Bedeutung für die Bevölkerung habe. Durch die Austrocknung bestünde auch eine höhere Gefahr. Die Verkehrssicherungspflicht müsse sichergestellt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 39

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass ein zusätzlicher Klimaschutzmanager die Kapazität habe, den Klimaschutz in allen Bereichen der Stadtverwaltung stärker zu verankern und Umsetzungen von beschlossenen Maßnahmen zu unterstützen. Ein jetziges Handeln sei erforderlich, um größeren Schaden von der Stadt abzuwenden.

Herr Bürgermeister Runkel weist darauf hin, dass maßgeblich die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes sei. Bis zum dritten Quartal könnten die Voraussetzungen für die Ausschreibung der Stelle geschaffen werden. Diese Stelle könne jedoch nur mit 40 % gefördert werden. Eine Förderung von 65 % gebe es nur bei Erstvorhaben. Nach Aussagen des Umweltamtes könne die Maßnahme erst im vierten Quartal umgesetzt werden, wodurch der Finanzbedarf in diesem Jahr bei lediglich 10.000 Euro liegen würde. Für das Jahr 2022 würden dann jedoch 42.000 Euro benötigt werden.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) wirbt im Namen seiner Fraktionsgemeinschaft für den Antrag. Anschließend nennt er für die gute Arbeit das Beispiel der Stadt Wernigerode.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt eine Auszeit.

- Sitzungsunterbrechung von 19:23 Uhr bis 19:25 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert über die vorliegende Änderung der einreichenden Fraktionen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Herr Stadtrat Bader (fraktionslos) sagt, dass die Stadtverwaltung in der Lage sei etwas für den Klimaschutz zu tun. Das zeige auch der Gewinn von Auszeichnungen. Es sollten aufgrund der aktuellen Situation nicht mehr Stellen geschaffen werde, als nötig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 40

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) sagt zur Deckungsquelle, wenn sich auf 100.000 Euro beschränkt werde, könnte aus der Gewinnabführung noch 76.5000 Euro bereitgestellt werden.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bringt einen Änderungsantrag zur Aufstockung auf 100.000 Euro durch die freien Mittel der Konzessionsabgaben ein.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beratung über den Ergebnishaushalt 2022

Lfd. Nummer 41

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 42

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 43

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bestätigt

Lfd. Nummer 44

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 45

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) zeigt für die kommenden drei Anträge seine Befangenheit an und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die im Haushalt eingestellten Mittel zu einer Reduzierung der Förderung der einzelnen Schulclubs im Vergleich zu den letzten zwei Jahren führen würden. Für freie Träger sei es schwierig notwendige Eigenmittel zu finanzieren. Sie erklärt anschließend die Personalkosten und Kosten für Sachleistungen der freien Träger. Mit dem Änderungsantrag wäre eine annähernd gleiche Förderung der beiden Vorjahre gegeben. Diese sollen aufgrund der Pandemie erst ab dem Jahr 2022 zur Verfügung stehen. **Frau Stadträtin Kempe** bittet abschließend die Verwaltung in der mittelfristigen Planung eine Erhöhung der kommunalen Förderung der Schulclubs vorzusehen.

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) teilt mit, dass ihre Fraktionsgemeinschaft den kommenden drei Anträgen zustimmen werde, da Schulclubs wichtig für die Schüler seien.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

nochmalige Abstimmung lfd. Nummer 41

Herr Oberbürgermeister Schulze bittet um nochmalige Abstimmung des Antrages mit der laufenden Nummer 41, da Herr Stadtrat Dr. Füsslein seine Befangenheit zu spät angezeigt habe

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) ist nicht mehr anwesend.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 46

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 47

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 48

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass die Deckungsquelle der verstellbaren Schreibtische unzulässig sei, da diese Quelle investiv sei.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bringt die Änderung der Deckungsquellen auf Konzessionsabgaben Strom ein.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 49

Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass seine Fraktion beim Stadtordnungsdienst nicht dauerhaft Stellen einsparen wolle. Es werde keine Abstriche bei der Sicherheit geben. Bei den Bußgeldern sei mit erheblichen Mehreinnahmen zu rechnen, da Anlagen repariert werden und der Bußgeldkatalog geändert werde.

Herr Bürgermeister Runkel führt aus, dass die Angaben der Bußgelder an der Grenze des Machbaren geplant worden seien. Es werde immer Ausfälle der Technik geben. Die Ansätze seien sehr realistisch. Wenn mehr Einnahmen gewollt wären, müsste mehr Technik angeschafft werden und der Personalaufwand würde steigen. Er erachtet eine Steigerung im Bereich der Bußgelder als unrealistisch.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 50

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 51

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 52

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 53

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Lfd. Nummer 54

Herr Oberbürgermeister Schulze sagt, dass es eine Änderung des Einreichers gebe, welche den Betrag und die Deckungsquellen ändere

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 27Nein-Stimmen)**

Lfd. Nummer 55

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 56

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) weist nochmals auf die Argumentation von Herrn Bürgermeister Burghart hin und dass es sich um eine Stellenverschiebung handle.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 57

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(26 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen)**

Lfd. Nummer 58

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nummer 59

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 60

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 61

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 62

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nummer 63

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) zeigt seine Befangenheit an und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 64

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(28 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen)**

Lfd. Nummer 65

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) bringt einen Änderungsantrag ein. Der Betrag soll auch im Jahr 2022 5.000 Euro und für den Stadtteil West 10.000 Euro betragen. Die Deckungsquellen werden auf die Zinsaufwendungen geändert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 66

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 67

Frau Stadträtin Mäder (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht den Änderungsantrag zurück.

Lfd. Nummer 68

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 69

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ändert den Antrag analog dem Antrag für das Jahr 2021.

Herr Oberbürgermeister Schulze weist darauf hin, dass diese Änderung noch möglich sei, danach die allgemeinen Schlüsselzuweisungen als Deckungsquelle jedoch ausgeschöpft seien.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 70

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 71

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (26 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)**

Lfd. Nummer 72

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 73

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 74

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass aus der Deckungsquelle bereits 32.000 Euro entnommen wurden.

- Sitzungspause von 19:53 Uhr bis 20:01 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze teilt mit, dass durch den Einreicher die Deckungsquellen geändert und somit noch 100.000 Euro aus den allgemeinen Schlüsselzuweisungen entnommen wurden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 75

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 76

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 77

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 78

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht den Änderungsantrag zurück.

Lfd. Nummer 79

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert zu den geänderten Deckungsquellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beratung über die Investitionen 2021

Lfd. Nummer 80

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 81

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) wirbt für die Streichung der Mittel für Asylbewerber. Der Oberbürgermeister solle sich dafür einsetzen, dass alle Geduldeten zurückgeführt und die Menschen mit Bleiberecht vom Bund oder dem Land bezahlt werden sollen. Es sei des Weiteren wichtig, dass den Ortschaften ein eigenes Budget zur Verfügung gestellt werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 82

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) wolle an dem Schulhofprogramm festhalten. In den letzten vier Jahren konnten dadurch viele Schulhöfe saniert werden. Jetzt stünden die notwendigen Sanierungen in Mittelbach und Schönau an. Sie ändert die Deckungsquellen in die verfügbaren Mittel aus der Miete des Verkehrsübungsplatzes und in die allgemeinen Schlüsselzuweisungen.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass in der Haushaltsstelle 150.000 Euro pro Jahr geplant seien, wozu es einen Stadtratsbeschluss gebe. Wenn von einer Nutzung der Anlage ab Sommer ausgegangen werde, würde somit noch ca. die Hälfte an Mitteln zur Verfügung stehen. Wenn mehr als 75.000 Euro entnommen werden, könne der Verkehrsübungsplatz erst zu einem späteren Zeitpunkt angeboten werden.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) sieht eine Nutzung erst ab Schuljahresbeginn.

Herr Oberbürgermeister Schulze sagt, dass so der Platz erst ab dem 1. September zur Verfügung stehen würde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 83

Herr Stadtrat Renz (SPD-Fraktion) führt aus, dass Schulen nur geöffnet werden können, wenn ein sicheres Hygienekonzept gegeben sei. Dazu gehöre auch der Einsatz von mobilen Luftreinigern. Nach seiner Kenntnis seien diese ergänzende Maßnahmen. Im Antrag gehe es um eine Grundausstattung für Grundschulen, da diese nicht ohne Weiteres in den Wechselunterricht gehen könnten.

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) unterstütze zwar grundlegend das Ansinnen, werde aber den Antrag ablehnen. Die Mittel würden nur für einen Bruchteil der Grundschulen reichen. Fraglich sei dann, welche Schulen diese Geräte erhalten. Damit alle Schulen solche Geräte erhalten können, müssten auch das Land bzw. der Bund Mittel zur Verfügung stellen.

Herr Stadtrat Bader (fraktionslos) ergänzt, dass es nur Sinn machen würde, wenn die Kinder wieder ohne Masken im Unterricht sitzen könnten.

Herr Bürgermeister Burghart sagt, dass es ein Gutachten der Stadt gebe, welches aussage, dass die vier getesteten Geräte Frischluftzufuhr benötigen würden. Ohne wirksame Lüftung sei der Wirkungsgrad der Geräte entsprechend niedriger. Eine Ansteckung außerhalb der Klassenzimmer sei in der Schule trotzdem gegeben. Er führt fort, dass ein Gerät ca. 4.000 Euro kosten würde, womit von 40 Grundschulen nur drei ausgestattet werden könnten. Außerdem würden diese Geräte Lärm verursachen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass in seinem Fraktionsraum eine solche Anlage stehe und diese leise sei sowie keine Lüftung benötige. Außerdem würden diese keine 4.000 Euro kosten. Er werde dem Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) teilt mit, dass auch in seiner Arbeitsstätte solche Geräte zum Einsatz kommen würden und diese leise seien. Wenn normal gesprochen werde, falle diese kaum auf. 4.000 Euro müsse man dafür aber nicht ausgeben. Gegebenenfalls könne es auch Mittel seitens des Landes geben.

Herr Bürgermeister Burghart erklärt, dass die Informationen aus einem Gutachten stammen. Es gebe keinen zusätzlichen Effekt, dass die Kinder ohne eine Maske im Unterricht sitzen könnten, da die geltenden Regeln bestehen bleiben werden. Ein solches Gerät ersetze keine geltenden Maßnahmen.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) möchte zur zeitlichen Dimension wissen, wann die Geräte verbaut werden könnten.

Herr Bürgermeister Burghart denkt, dass diese relativ schnell, bestimmt bis zum Schuljahresbeginn, zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 84

Herr Oberbürgermeister Schulze merkt an, dass die Deckungsquelle unzulässig sei, da für den Omnibusbahnhof für das Jahr 2021 keine Eigenmittel zur Verfügung stehen würden.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt, wie viele Eigenmittel eingeplant seien, da 25 % durch Eigenmittel erbracht werden müssten.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass das Projekt weiter fortgeschritten sei. Der letzte Beschluss zur Mittelbereitstellung sei letztes Jahr gefasst worden. Diese Eigenmittel stünden als Haushaltsausgabestelle für das Vorhaben zur Verfügung und seien zweckgebunden. Momentan werde der Fördermittelantrag überarbeitet. Die Fördermittel könnten dann dieses Jahr ausgezahlt werden. Es brauche aber keine weiteren Eigenmittel, da diese bereits vorhanden seien. Die Eigenmittel kommen dann zur Bauausführung im Jahr 2022/23.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) spricht zum Thema der Deckungsquelle des Zentralen Busbahnhofs. Dass dieser nicht an dem jetzigen Ort bestehen bleiben könne, sei klar. Fraglich sei, ob dieser Umstiegsplatz benötigt werde, wenn bereits jetzt die Busse des Regionalverkehrs an der Zentralhaltestelle oder dem Bahnhof halten. Des Weiteren führt er aus, dass es für den neuen Platz Fördermittel aus dem Jahr 2003 gebe, welche bis 2030 gebunden wären. Wenn der Platz im kommenden Jahr gebaut werde, wären diese Mittel an den Freistaat zurückzuzahlen. Es sei fraglich, ob der Busbahnhof zu dieser Zeit wirklich gebraucht werde.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass dieser Busbahnhof noch benötigt werde. Ansonsten hätte man diese Frage auch mit dem Partner bereits im Vorfeld besprechen können. Der Busbahnhof habe allein bei den Regionalbussen zwei Millionen Fahrgäste. Das seien ca. 40.000 Busse pro Jahr. Wenn ein Regionalbus an der Zentralhaltestelle halten würde, würde das gesamte System durcheinandergeraten, da die Busse auf ihre Fahrgäste länger warten, als die Busse der CVAG. Die Hälfte der jetzt vorgesehenen Fläche sei dabei aber ausreichend, wodurch ein Teil der Parkfläche wieder durch die Bevölkerung genutzt werden

könne. Zu den Fördermitteln erklärt **Herr Bürgermeister Stötzer**, dass der Ablauf bei Großprojekten nie einfach gewesen sei. Es mussten bisher immer nochmals die Anträge überarbeitet werden. Gewonnene Fördermittel seien aber auch Wirtschaftsförderung.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, ob die 300.000 Euro eine Differenz und nicht die gesamten Kosten darstellen würden.

Herr Bürgermeister Burghart antwortet, dass ein großes Fahrzeug 500.000 Euro gekostet hätte. Dann wurde eine kleinere Variante geprüft, welche 300.000 Euro kosten würde.

Herr Stadtrat Müller-Rosentritt (FDP-Fraktion) weist auf die Änderung des Antrages hin und dass die Deckungsquelle gegeben sei.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) führt aus, das Risiko sei bei den Mitteln, die die CVAG und der VMS in den Jahren 2003 und 2004 verbaut hätten und welche noch bis 2030 bestehen würden. Für die Busse brauche es einen technischen Betriebshof. Das sei aber keine Frage für die Jahre 2021/22.

Herr Bürgermeister Stötzer entgegnet, dass der Betriebshof nicht in Chemnitz liege. Zu den Fördermittelrückforderungsmöglichkeiten führt er aus, dass es für jedes Jahr eine Art Abschreibung gebe. Es müssten keine Fördermittel für Flächen zurückgezahlt werden, die über die Jahre genutzt wurden. Des Weiteren gebe es die Möglichkeit Baumaterial wiederzuverwenden. Die Zahlen würden sich somit reduzieren, was mit dem Fördermittelgeber verhandelt werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass der Antragssteller den Antrag für 2022 mit dieser Deckungsquelle einreiche. Er schlägt vor, dass dieser Antrag zurückgezogen werde und dieser für das Jahr 2022 abgestimmt werde. Dem stimmt der Einreicher zu.

Lfd. Nummer 85

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass es sich hier um die Planungskosten handle. In Chemnitz gebe es für diese Sportarten eine große Szene, welche weiterhin wachse. Einige Sportarten seien olympisch und es gebe in Chemnitz Leistungssportler, die überregional bekannt seien. Chemnitz habe eine Skaterhalle, welche aber unbeheizt, zu klein und nicht barrierefrei sei sowie keine Sanitäreinrichtung besitze. Die Szene sei auf die Unterstützung angewiesen, da keine Bedingungen gegeben sind, um sich auf Weltmeisterschaften oder Olympia vorzubereiten. Die Stadt würde ebenfalls davon profitieren. Er führt fort, dass der Bedarf bereits im Sportbedarfsentwicklungsplan aufgenommen sei und Untersuchungen stattgefunden haben. Es müsse jetzt geplant werden, da die Stadt durch den Kulturhauptstadttitel eine überregionale Beachtung erfahren werde und der zeitliche Rahmen so begrenzt sei.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass sich in der Stadt außerhalb der Vereine eine Kultur entwickelt habe, die sich diesen Fun- und Freizeitsportarten verschrieben habe. Es gebe zahlreiche Athleten, welche aus Chemnitz kommen und große Erfolge einfahren konnten. Es sei wichtig dieser Kultur eine Perspektive zu geben.

Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion das Projekt für die Freizeitgestaltung als gut erachte aber sie zusammen mit der CDU-Ratsfraktion nicht wolle, dass diese durch die Kommune gebaut werde. Die Stadt solle sich bemühen einen privaten Investor zu finden. Aus diesem Grund schlägt er vor, dass 100.000 Euro für ein Interessenbekundungsverfahren zur Verfügung gestellt werden.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) unterstützt das gerade Gesagte. Im Ziel sei man sich einig, im Weg dahin nicht. Es sei eine gute Verbindung zwischen Kultur und Sport, was auch in der Kulturhauptstadtbewerbung enthalten war.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass das Kulturbündnis „Hand in Hand“ das Anliegen unterstütze, da Skaten ein integraler Bestandteil einer Szene von Menschen sei, die auch Kunst schaffen würden. Es handle sich um einen Katalysator der Kreativwirtschaft und werde in großen Städten erwartet. Er findet das private Betreiben einer olympischen Trainingsstätte nicht gut.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die einzige Frage sei, wie das Vorhaben finanziert werde. Das Interessenbekundungsverfahren sei ein guter Weg. Er kann sich ein kommunalbetriebenes Zentrum schwer vorstellen.

Herr Oberbürgermeister Schulze ist der Meinung, dass der Großteil des Stadtrates die Chance sieht, mit dem Roll- und Funsportzentrum eine Perspektive für die Stadtentwicklung, den sportlichen Aspekt sowie einen Anziehungspunkt für die Jugend zu schaffen. Es sei bereits ein städtisches Grundstück in Betracht gezogen worden. Er äußert sein Interesse an einer privaten PPP-Lösung. Als Beispiel nennt er das neue Gebäude der eins energie sachsen. Wenn dieser Weg gewählt werde, gebe es große Chancen, dass dieses Zentrum im Jahr 2025 fertig sei. Es könne dann auch über ein Betreiberkonzept gesprochen werden. Im Stadtrat liege die Hoheit zu entscheiden, ob die Bedingungen im Interessenbekundungsverfahren die städtischen Interessen vertreten. Er wirbt für diesen Weg.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont nochmals, dass es nicht um den Bau gehe, sondern um die Planungskosten. Die Planung solle erfolgen, damit Chancen auf Fördermittel gegeben seien. PPP-Projekte seien dadurch nicht ausgeschlossen. Die Planung werde man so oder so benötigen.

Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) erachtet es als nicht sinnvoll, wenn die Stadt für einen privaten Investor die Planungen durchführe.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bittet um eine Auszeit.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) führt an, wenn eine effiziente Lösung eines privaten Investors gewollt sei, müsse dieser das Vorhaben auch planen lassen. Sonst bestehe keine Möglichkeit einer kostengünstigen Lösung.

Herr Stadtrat Bader (fraktionslos) sieht es als fahrlässig, wenn Steuergelder für die Planung eines privaten Investors verwendet werden würden. Es gebe Beispiele für das gute Zusammenwirken bei solchen Projekten. Die Folgekosten der Stadt seien zudem auch nicht berücksichtigt worden.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass es ein gutes Ziel sei, was gemeinsam verfolgt werden müsse. Wenn das Vorhaben durch einen privaten Investor gebaut werde, hätte die Stadt die Kosten der Betreibung und nicht des Baus. Das Vorgehen sei so haushaltsschonender.

Herr Oberbürgermeister Schulze erklärt, dass das Unternehmen, welches das Gebäude baut, eine Miete erhalten müsse. Der Betrieb solle dann nicht privat sein.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geht auf das Beispiel der Kletterhalle ein. Diese sei zwischenzeitlich pleitegegangen und wurde durch einen Investor gekauft, der diese wiederbeleben will.

- Sitzungspause von 21:00 Uhr bis 21:16 Uhr -

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass sie an dem Antrag festhalten werden. Es sei nicht verständlich, wie es zu der Änderung komme, wenn nicht mit den betroffenen Personen gesprochen wurde. Eine PPP-Lösung sei etwas Anderes, als bisher besprochen wurde. Dazu sollte es mehr Vorbereitungen geben, da es sich um einen Paradigmenwechsel handle.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstreicht nochmals für seine Fraktionsgemeinschaft, dass der Antrag aufrecht erhalten bleibe. Das sei keine grundsätzliche Ablehnung gegenüber PPP-Projekten. Schwierig sei jedoch, dass seit Wochen dazu gesprochen wurde und nun in der Sitzung eine neue Idee eingebracht werde, ohne die Akteure einzubeziehen.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Lfd. Nummer 86

Herr Prof. Gerlach (Ortsvorsteher Kleinolbersdorf-Altenhain) sagt, dass diese Mittel bereits im Haushalt 2019/20 für die Instandhaltungsmaßnahmen im Jahr 2021 vorgesehen waren, sich diese aber im jetzigen Haushalt nicht wiederfinden würden. Es sei nun akut, da die Sporthalle nicht mehr für große Menschenansammlungen zugelassen werden soll. Der normale Sportunterricht könne durchgeführt werden aber nicht Veranstaltungen wie zum Beispiel das Zuckertütenfest.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 87

Herr Stadtrat Drechsel (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) sagt, dass der Beschluss zum Bad 2019 gefasst wurde und für 2021 Mittel bereitgestellt werden sollen. Das Angebot der Planungsfirma hätte sich auf 6 Mio. Euro belaufen. Er ist der Ansicht, dass dort von Korruption geredet werden könne und protestiert gegen die Verfahrensweise

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 88

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) sagt, dass seitens der Verwaltung von einer höheren Kreditaufnahme ausgegangen werde. Dabei wurden Schwerpunkte gesetzt. Es sei problematisch, noch weiter in die Verschuldung zu gehen. Die Kreditaufnahme sei seitens der Landesdirektion Sachsen genehmigungspflichtig. Dabei sei es problematisch, dass der Ergebnishaushalt keine Überschüsse habe und die Tilgung für die Jahre 2021 und 2022 aus den Liquiditätsbeständen der Vorjahre finanziert werde. Deshalb werde nicht davon ausgegangen, dass eine noch höhere Kreditaufnahme möglich sei.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) nennt wichtige Argumente für den Erhalt des Erfenschlager Bades wie beispielsweise den Beitrag zur Gesunderhaltung der Bevölkerung oder die Ermöglichung bürgerschaftlichen Engagements. Es sei eine gute Perspektive für eine gute Nutzung des Bades gegeben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 89

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) schildert, dass es einen Bilanzverlust gebe. Die Unterhaltungen könnten nicht durchgeführt werden, wodurch die Kosten steigen würden. Es bestehe ein Anlagevermögen, welches das wichtigste für die Infrastruktur sei. Er fragt, wie diesem Bilanzverlust aus dem Weg gegangen werden solle.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) spricht für seine Fraktionsgemeinschaft. Das Anliegen sei wichtig, jedoch sei die Deckungsquelle nach den Ausführungen von Frau Härtel schwierig. Ihm scheint die Summe von fünf Mio. Euro zudem zu hoch angesetzt und er fragt deshalb, was die Stadt maximal planungsseitig umsetzen könne.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) denkt, dass die 5 Mio. Euro sachgerecht eingeplant sind und dass es korrekt sei, die Summe so anzusetzen. Es gehe um einen Zeitraum bis 2025, wobei es um eine Summe von 25 Mio. Euro neuer Kredite gehe. Das stelle allerdings die Genehmigungsfähigkeit des Chemnitzer Haushaltes in Frage. Ihn wundert der Paradigmenwechsel der CDU hin zur Neuverschuldung. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, wenn nicht jetzt begonnen werde, werde es noch teurer.

Herr Bürgermeister Stötzer erachtet die fünf Mio. Euro als sachgerecht, ob diese im Jahr 2021 ausgegeben werden könnten, sei fraglich. Die Reste würden dann übertragen werden.

Herr Oberbürgermeister Schulze versteht die Klagen zum Zustand des Straßennetzes. Es müsse jedoch auch die besondere Situation nach dem Winter betrachtet werden. Seitens des Landes werde es wohl kein Winterschadenausgleichsprogramm oder Mittel für den Straßenausbau geben. Er sagt, dass mit der Kreditaufnahme an die Grenze der Genehmigungsfähigkeit gegangen werde. Die Schulden müssen zurückgezahlt werden. Er warnt vor der Zustimmung zu dieser Deckungsquelle und werde gegen den Antrag stimmen.

Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) fragt nach dem Zustandsbericht der Chemnitzer Straßen.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass dieser in Arbeit sei und das genaue Datum noch genannt werde.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) möchte wissen, ob die Frage zur Wertminderung beantwortet werden könne. Es müsse Auswirkungen geben, wenn man diese Anlagen nicht unterhalten könne.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) antwortet, dass die Stadt die Gesamtbilanz sehen müsse. In dieser wurde die Summe erhöht. Das Anlagevermögen für Schulen und Kitas sei erhöht worden, da neue Einrichtungen geschaffen wurden. Daraus ergebe sich eine höhere Bilanzsumme, wodurch die Landesdirektion dieses nicht kritisieren werde. Es obliege den Kommunen wie diese eine möglicherweise andere Strukturierung vornehmen. Es sei somit kein Hinderungskriterium für die Genehmigung.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) versteht die Ausführungen nicht, da in der Liste der Änderungsanträge stehe, dass die Deckungsquelle unzulässig sei.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) erläutert, dass sie auf die Frage geantwortet habe, ob die Landesdirektion es kritisieren würde, wenn das Anlagevermögen für die Straßen reduziert angezeigt werde. Das sei nicht relevant für die Haushaltsgenehmigung, da die Bilanzsumme der Stadt insgesamt gestiegen sei. Die Kreditaufnahme sei eine andere Sache.

Herr Oberbürgermeister Schulze erklärt, dass es eine Einschätzung aus den Gesprächen mit der Landesdirektion und anderen Genehmigungen gebe. Schlussendlich wisse man es erst, wenn die Genehmigung für diesen zu beschließenden Haushalt vorliege.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt fest, dass die Formulierung „unzulässig“ bei der Deckungsquelle des Kredites insofern revidiert wurde, dass diese nicht unzulässig sei, es aber möglicherweise schädigend für die Genehmigung sei.

Frau Stadträtin Zubrytzki (CDU-Ratsfraktion) bittet um eine Unterbrechung.

- Sitzungsunterbrechung von 21:42 Uhr bis 21:48 Uhr -

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Lfd. Nummer 90

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 91

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bringt einen Änderungsantrag ein, dass die Deckungsquelle für 2022 genutzt werden soll.

Herr Oberbürgermeister Schulze stellt fest, dass das einen neuen Antrag für 2022 bedeute und der ursprüngliche Antrag somit nicht abgestimmt wird.

Lfd. Nummer 92

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass in der Deckungsquelle noch 33.000 Euro enthalten seien und der Antrag somit nicht abgestimmt werden könne.

Herr Heidemüller (stellvertretender Ortsvorsteher Euba) führt aus, dass im Vorfeld bereits Anträge zurückgezogen wurden, da die Finanzlage des Haushaltes klar gewesen sei. Er zieht auch den letzten dieser Anträge zurück. Es gehe um die Erschließung eines Gewerbegebietes. Das einzige was für die Schaffung eines Gewerbegebietes fehle, sei die hereinführende Straße. Er hofft, dass weitere Anträge in diese Richtung gehen würden, damit die Erschließung und Vermarktung eines Gewerbegebietes in Euba möglich wäre.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob die Mittel vorhanden wären, wenn das Vorhaben in das Jahr 2022 verlegt und als Deckungsquelle der Zentrale Busbahnhof verwendet werde.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmerei) führt aus, dass sich der Stadtrat nicht eindeutig dazu positioniert habe, dass der Busbahnhof nicht mehr gewollt sei. Insofern sei das keine geeignete Deckungsquelle. Wenn weitere Mittel herausgenommen werden, sei die Finanzierung nicht mehr gesichert.

Herr Oberbürgermeister Schulze ergänzt, dass mit den herausgenommenen Mitteln, dass Projekt verschoben bzw. beendet werden würde.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) bittet Herrn Bürgermeister Stötzer, dass die Planungen für die wichtige Straße zum Gewerbegebiet in einer anderen Form eingeplant werden könnten.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die Entscheidung zum Busbahnhof nicht gefallen sei, da die Deckungsquelle für 2021 nicht gegeben sei. Die Entscheidung werde spätestens mit dem Antrag mit der laufenden Nummer 104 fallen.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass die Erschließung eines Gewerbegebietes über den Fonds für diese Erschließungen laufe. Daran könne sich bedient werden.

Lfd. Nummer 93

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, wenn der öffentliche Personennahverkehr attraktiver gestalten werden solle, gehöre dazu auch Sitzmöglichkeiten sowie die Möglichkeit eines gewissen Schutzes vor Wettereinflüssen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Lfd. Nummer 94

Frau Stadträtin Saborowski (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass der Freistaat das Programm mit dem Ziel schaffen werde, dass der Lärmschutz für Anlieger an bereits bestehenden Straßen zu verbessern. Gefördert würden dabei investive Maßnahmen des aktiven Schallschutzes. Zur Deckungsquelle führt sie aus, dass der Finanzmittelbestand steige und ihre Fraktion sehe, dass die Mittel dafür verwendet werden könnten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 95

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass es sich um eine längere Straße handle, in der ein Teilbereich herausgenommen werden solle, um dort einen Fußweg zu bauen. Die Maßnahme solle komplett geplant werden und dann nach modernen Gesichtspunkten Abschnitte festgelegt werden. Es solle daher nicht bei einem einzelnen Punkt mit der Maßnahme begonnen werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen)

Lfd. Nummer 96

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) bringt diesen und den folgenden Antrag ein. Diese Stellen seien komplett ausfinanziert. Es könne sofort mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Eigenmittel müssten für die Cofinanzierung der EU-Mittel bereitgestellt werden. Das sei im Jahr 2018 bereits beschlossen worden und benötige nun die Einstellung der Mittel im Haushalt. Er bringt anschließend einen Änderungsantrag zu den Deckungsquellen ein.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt zur Wegesanierung Schloßteich, ob die kompletten Umwege ausgeschrieben seien und wie weit die Ausschreibung sei.

Herr Bürgermeister Stötzer führt aus, dass sich Bund, Land und Stadt die Finanzierung teilen. Durch das Einstellen von Eigenmittel in Höhe vom 33.333 Euro sei eine Maßnahme von 100.000 Euro möglich.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass zur Deckungsquelle der Bewirtschaftungskosten eine Produktuntergruppe benötigt werde und eine Bewertung, ob das machbar wäre.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass bei einer zehnpromzentigen Förderung 460.000 Euro umgesetzt werden könnten. Die Deckungsquelle sei im Jahr 2021 grundsätzlich möglich, da es gewisse Einsparungen aufgrund der Pandemie gegeben habe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 97

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) sagt, dass es sich um 16.285 Euro Eigenmittel handle.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 98

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 99

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass die Deckungsquelle für das Jahr 2021 unzureichend sei, da nur 2,5 Mio. Euro an Eigenmittel zur Verfügung stehen würden.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bittet um eine Auszeit.

- Sitzungspause von 22:14 Uhr bis 22:27 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass der Änderungsantrag zurückgezogen wurde.

Lfd. Nummer 100

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass die Deckungsquelle nicht zulässig sei und deshalb der Antrag nicht abgestimmt werden könne.

Lfd. Nummer 101

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 102

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beratung über die Investitionen 2022

Lfd. Nummer 103

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 104

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht zur angegebenen Deckungsquelle ZOB und zeigt sich erschrocken, dass diese verwendet werde. Am Ende des Abends könnte die Gesamtfinanzierung des geplanten ZOB nicht mehr gesichert sein und die städtebaulichen Planungen des letzten Jahrzehnts für die nördliche Innenstadt würden in Frage gestellt werden. Es gehe nicht nur um die Verlagerung des Omnibusbahnhofes. Es habe Bedeutung für die Universität und es gehe auch um die zentrale Stelle am Hauptbahnhof. Es sei der wichtigste Eingang zur europäischen Kulturhauptstadt und der gesamten Region. Somit würde eine städtische Gesamtplanung angegriffen werden. Das werde somit alles ohne Einbeziehung der Beteiligten oder einer fachlichen Würdigung im Zuge der Haushaltsdiskussion beendet. Des Weiteren gebe es Vereinbarungen zum Beispiel mit dem Freistaat, der Universität oder dem RVE. Er appelliert daran, diesen Weg nicht zu gehen. Die Stadt benötige keine Rückschläge bei der Entwicklung des Innenstadtcampus, bei der Belegung der Innenstadt oder des Brühls. Er fragt Herrn Oberbürgermeister Schulze, wie seine Haltung gegenüber den bereits getroffenen Vereinbarungen und Planungen sei.

Herr Oberbürgermeister Schulze führt aus, dass die Mittel seitens der Verwaltung im Haushalt eingestellt wurden. Andererseits gebe es das Etatrecht des Stadtrates. Dass die Fläche vor der Aktienspinnerei auf Dauer keine Fläche für das Abfahren von Bussen darstelle, würde sich verstehen. Die Frage sei jedoch, ob ein Busbahnhof in der jetzigen Größe vor dem Hauptbahnhof benötigt werde und inwieweit sich die Staatsregierung an die Vereinbarungen gebunden fühle. Es setze voraus, dass der leere Platz auch mit dem Innenstadtcampus bebaut werde.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass der Stadtrat in der Haushaltssitzung die Prioritäten setze und das auch nicht einfach sei. Die Fördermittelsicherheit sei auf diesem Platz nicht gegeben, was er bereits erwähnt habe. Des Weiteren hinterfragt er, ob es die Verknüpfungsfunktion zwischen den Regionalbussen im Rahmen eines Neubaus eines Busbahnhofes brauche. Außerdem solle das Chemnitzer Modell gestärkt werden, wodurch Regionalbusse aus Limbach-Oberfrohna wegfallen würden. Es sollen nicht alle Mittel verwendet werden, da diese für den Wegzug vom jetzigen Standort benötigt werden.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt sich, warum es die ganzen Diskussionen in den Fachausschüssen gegeben habe, wenn solche Vorhaben dann auf dem Weg gestoppt werden würden. Er hält es hinsichtlich einer Verkehrswende fatal, wenn so klein gedacht werde. Chemnitz habe für das Umland eine sehr hohe Bedeutung. Er plädiert dafür, dass das Vorhaben heute nicht gekippt werde und das Thema den Fachausschüssen überlassen werden solle.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass Chemnitz einen Personenfernverkehrsanschluss mit dem Zentralen Omnibusbahnhof habe, welcher keine Serviceleistungen anbiete. Es gebe die Chance diesen Bahnhof dahin zu ziehen, wo es Ladenseiten gebe und eine neue Nah- und Fernverkehrssituation zu schaffen. Das brauche die Stadt. Des Weiteren seien die Flächen in der Innenstadt zu wertvoll um darauf Busse abzustellen.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die Funktionalität am Hauptbahnhof mit der Maßnahme nicht gefährdet sei. Die Funktionalität des neuen Busbahnhofs sei es jedoch. Es werden kurze Umstiegswege am Hauptbahnhof benötigt, wodurch es für die Fahrgäste besser werden würde. Es gebe mehrere Varianten bei denen die Funktionalität am Hauptbahnhof nicht gefährdet wäre und der Vorplatz für andere Zwecke verwendet werden könnte. Es wäre gut, wenn die Maßnahme zurückgestellt und über die Möglichkeiten erneut nachgedacht werde.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass für jede Möglichkeit, die beschlossen werden könnte, Mittel benötigt werden. Wenn die Mittel jetzt verteilt werden würden, könnte jedoch nichts mehr getan werden. Es werde über eine Maßnahme von 10 Mio. Euro gesprochen und es bestehe ein Risiko für die Fördermittel. Was jedoch dagegen gestellt werde seien Maßnahmen von ca. 1 Mio. € Euro. Der Stadtrat wolle Maßnahmen aus dem Schulbau prioritärer erklären, was er verstehe. Das Schulhausbauprogramm sei das größte Budget. Wenn das ernst genommen werde, verstehe er dann die Fraktionen nicht, die im Gegenzug ein paar Änderungsanträge später aus diesem Budget Geld herausnehmen. Er fragt, wie man das dann erklären wolle. Der Bücherbus habe zum Beispiel 8.000 Nutzer aber es gebe sieben Ausleihstellen für Bücher in der Stadt. Für das Freibad Erfenschlag seien es ebenfalls ca. 8.000 Nutzer. Für den Omnibusbahnhof seien es zwei Millionen. Es solle überlegt werden, wie den Menschen diese Prioritätensetzung erklärt werden solle.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
 (30 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)

Lfd. Nummer 105

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass keine von der Verwaltung in der Antwort zu einer entsprechenden Ratsanfrage benannte Maßnahme für die Barrierefreiheit gefunden werden könne. Sie möchte daher wissen, wo die Maßnahme konkret im Haushaltsplan festgehalten sei und wann Baubeginn sein soll.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass die Maßnahme durch einen Änderungsantrag im letzten Haushalt finanziert sei. Im Haushalt 2019/20 seien 330.000 Euro eingestellt worden. Dieses Budget werde verwendet.

Herr Oberbürgermeister Schulze ergänzt, dass diese Mittel also als Haushaltsrest im Haushalt seien.

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt, wann damit begonnen werde.

Herr Bürgermeister Stötzer entgegnet, dass ca. in der Sommerpause damit begonnen werde, damit die Schüler am wenigsten gestört werden.

Frau Stadträtin Brünler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) zieht aufgrund dieser Aussage den Änderungsantrag zurück.

Lfd. Nummer 106

Herr Stadtrat Renz (SPD-Fraktion) sagt, dass die Anträge mit den laufenden Nummern 106 und 107 zurückgezogen werden.

Lfd. Nummer 107

Der Änderungsantrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nummer 108

Herr Gerlach (Ortsvorsteher Kleinolbersdorf-Altenhain) führt aus, dass keine angemessenen Möglichkeiten für das Umkleiden zur Verfügung stehen. Im Eingemeindungsvertrag sei beschlossen worden, dass der Sportplatz begradigt werde und ein neues Funktions- und Sanitätsgebäude entstehe. Bis jetzt sei dieses Gebäude nicht entstanden. Im vergangenen Haushalt seien dafür Mittel eingeplant und mit der Planung begonnen worden. Diese Mittel seien verausgabt und der Baugenehmigungsantrag sei eingereicht worden. Mit diesem Haushalt könne die Möglichkeit gegeben werden diese Planungen umzusetzen. In diesem Jahr könne der Fördermittelantrag gestellt werden und dann im Jahr 2022 begonnen werden. Um die Baumaßnahme zu beenden, werden im Jahr 2023 weitere Mittel benötigt. Zur Deckungsquelle führt er aus, dass es landwirtschaftliche Flächen gebe, welche der Stadt gehören und verkauft werden sollen.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) fragt zur Deckungsquelle, ob die Nutzer dieser Flächen Bescheid wissen würden.

Herr Gerlach (Ortsvorsteher Kleinolbersdorf-Altenhain) antwortet, dass er einen Pächter informiert habe, dass der Ortschaftsrat dieses Anliegen vorhabe. Der ortsansässige Bauer und die Agrargenossenschaft in Euba wissen darüber noch nicht Bescheid.

Herr Bürgermeister Burghart weist darauf hin, dass diese Maßnahme in der Prioritätenliste auf Platz 23 stehe. Mit Bestätigung des Antrages würden die Mittel für diese Maßnahme eingeordnet werden, obwohl andere Maßnahmen in der Prioritätenliste weiter oben stehen.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, wie hoch die Einnahmeausfälle in den Folgejahren wären, wenn die Pachterträge nicht mehr im Ergebnishaushalt verbucht werden könnten.

Herr Bürgermeister Stötzer kann zur Höhe der Pacht keine Aussagen machen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 109

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Lfd. Nummer 110

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass es um den Sportplatz eines Vereins gehe, welcher sehr aktiv sei und in dem viele Kinder und Jugendliche Mitglieder seien. Der Sportplatz sei seit 2019 in der Planung des Sportamtes enthalten. Es sollen bessere Bedingungen für sehr engagierte Sportler geschaffen werden. Die Fußballer würden das Gebäude aufgrund eines Vertrages mit dem Sportamt selbst bewirtschaften und kleine Sanierungsarbeiten vornehmen.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmerei) informiert, dass bereits ein Beschluss in Höhe von 140.000 Euro zu dieser Deckungsquelle gefasst wurde und diese daher nicht mehr zur Verfügung stehe.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) geht davon aus, dass die Kassenkredite im Jahr 2022 zu 0 % verzinst werden würden. So wären die 60.000 Euro frei.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmerei) entgegnet, dass sie nicht unterstellen könne, dass die Kassenkredite mit 0 % verzinst werden würden. Ein Teilbetrag werde benötigt um Kassenschwankungen aufzufangen.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt, ob eine Deckung mit den allgemeinen Schlüsselzuweisungen noch möglich wäre.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) bejaht dieses. Es würden dann noch 50.000 Euro in den Schlüsselzuweisungen verbleiben.

Herr Oberbürgermeister Schulze stellt fest, dass auf Wunsch des Einreichers somit 10.000 Euro aus den Zinsen für Kassenkredite und 50.000 Euro aus den Schlüsselzuweisungen verwendet werden sollen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 111

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 112

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert zu einer Änderung des Einreichers, welche die Planungsmittel auf 250.000 Euro veranschlage und als Deckungsquelle die Eigenmittel für den Zentralen Omnibusbahnhof benennt.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass die Mittel reduziert wurden, da diese 250.000 Euro für die Jahresschreibe ausreichend seien, um eine vollständige Entwurfsplanung vorzulegen.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass für seine Fraktionsgemeinschaft heute noch zwei Sachverhalte zur Diskussion stehen würden. Das bürgerschaftliche Engagement und die Liegenschaft des Bades als Begegnungsstätte. Für beides sei die Betreuung des Bades die teuerste Variante, die möglich sei. Der Vorschlag der Errichtung eines naturnahen Sport- und Freizeitfläche würde die Beschlüsse zum Sportentwicklungskonzept und der Bäderplanung sowie der Spielplatzkonzeption umsetzen und könnte ganzjährig genutzt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(24 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

- Sitzungspause von 23:10 Uhr bis 23:23 Uhr -

Lfd. Nummer 113

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 114

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass der Antrag nicht mehr abstimmungsfähig sei, da nicht mehr ausreichend Mittel in der Deckungsquelle gegeben seien.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) bittet um eine Auszeit.

- Sitzungsunterbrechung von 23:25 bis 23:26 Uhr -

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) zieht den Änderungsantrag zurück.

Lfd. Nummer 115

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 116

Frau Stadträtin Saborowski (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass Herr Heidemüller ihr mitgeteilt habe, dass dieser Antrag zurückgezogen werde.

Lfd. Nummer 117

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 118

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Lfd. Nummer 119

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 120

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) bringt die Anträge der laufenden Nummern 120 und 121 ein. Es gehe um die Umsetzung der Maßnahmen im Jahr 2022. Die Deckungsquellen seien der Zentrale Omnibusbahnhof.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 121

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 122

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass sich für das Yorckgebiet eine öffentliche Toilette gewünscht werde. Dafür solle eine autarke und barrierefreie Toilette als Pilotprojekt getestet werden, dieser Ort sei dabei nur ein Vorschlag.

Herr Stadtrat Cedel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die Partei) merkt an, dass er bei einer Twitterumfrage 72 % der Stimmen für die Toilette erhalten habe und daher mit ja stimmen werde.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) möchte wissen, wie viele an der Umfrage teilgenommen haben.

Herr Stadtrat Cedel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die Partei) antwortet, dass elf Personen teilgenommen haben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Beratung über die Investitionen 2023

Lfd. Nummer 123

Herr Bürgermeister Burghart führt aus, dass die Deckungsquelle der Schulnetzplanung sowie der Sport- und Turnhallenkonzeption widerspreche. Die Maßnahme könne dann nicht mehr umgesetzt werden.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) ist der Auffassung, dass mit der Maßnahme begonnen werden müsse. Wenn im Jahr 2023 begonnen werde, könnten gemeinsame Fördermittel organisiert werden. Zur Deckungsquelle sagt er, dass nach den Zahlen, die ihm vorliegen, es kein Problem sei, dass diese Schule nicht gemacht werde. Wenn die Zahlen wieder ansteigen würden, könne die Maßnahme fortgeführt werden.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die Partei) sagt, dass ihre Fraktionsgemeinschaft aufgrund der Aussagen von Herrn Bürgermeister Burghart diesem Antrag nicht zustimmen könne. Sie bedauern aber ebenfalls, dass keine Mittel für den Masterplan Tierpark im Haushalt enthalten seien.

Herr Bürgermeister Runkel kann nicht bestätigen, dass eine Drittelfinanzierung gesichert sei. Es gebe keine Aussage darüber, was die damals mit Frau Oberbürgermeisterin Ludwig getätigten Absprachen noch Wert seien. Er könne nur bestätigen, dass ein entsprechender Fördermittelantrag gestellt worden sei

Herr Stadtrat Renz (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls ablehnen werde. Es gebe keinen Grund die Schulnetzplanung zu ändern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 124

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) ändert die Summe für die Jahre 2023 und 2024 auf 100.000 Euro.

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) weist darauf hin, dass es schwierig sei, für diesen langen Zeitraum die Konzessionsabgaben einzuschätzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 125

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 126

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 127

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 128

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beratung über die Investitionen 2024

Lfd. Nummer 129

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) zieht den Änderungsantrag zurück.

Lfd. Nummer 130

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Lfd. Nummer 131

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 132

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Lfd. Nummer 133

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) zieht den Änderungsantrag zurück.

Lfd. Nummer 134

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beratung über nachträglich eingereichte Änderungsanträge

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass es je einen Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen gebe, welcher 80.000 Euro aus dem lokalen Aktionsplan in die Liquiditätsreserve für die Jahre 2021 und 2022 überführen wolle.

Abstimmung über den Änderungsantrag für das Jahr 2021

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über den Änderungsantrag für das Jahr 2022

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Oberbürgermeister Schulze führt aus, dass es einen Änderungsantrag im Ergebnishaushalt für das Jahr 2021 der FDP-Fraktion und der CDU-Ratsfraktion gebe. Mit diesem sollen Mittel von 100.000 Euro für das Interessenbekundungsverfahren für das Fun- und Rollsportzentrum eigestellt werden. Deckungsquelle seien die Einsparungen bei den Energie- und Betriebskosten.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass die 100.000 Euro möglich seien.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Herr Oberbürgermeister Schulze erklärt, dass es einen Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion für den Ergebnishaushalt im Jahr 2021 für die Unterhaltung der Straßen, Brücken und Bauwerke Mittelbach gebe. 100.000 Euro sollen aus der Sleep-In-Stelle finanziert werden.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) stockt die Summe 266.000 Euro auf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert über einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion und der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI für das Jahr 2022. Mit diesem sollen bewegliche Anlagevermögen für die Nutzung des Bücherbusses von 300.000 Euro eingestellt werden. Deckungsquelle sei der Zentrale Omnibusbahnhof.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen)**

Herr Oberbürgermeister Schulze verliert anschließend den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Instandhaltung der Straßen in Höhe 1 Mio. Euro aus Kreditaufnahmen für das Jahr 2021.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Oberbürgermeister Schulze führt fort, dass es seitens der AfD-Stadtratsfraktion den Antrag auf die Instandhaltung der Straßen in Höhe 2 Mio. Euro aus Kreditaufnahmen für das Jahr 2022 gebe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Anschließend informiert **Herr Oberbürgermeister Schulze**, dass der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Thema Talsperre Euba statt Kreativhof nicht abstimmungsfähig sei, da sich die Eigenmittel auf 2,4 Mio. Euro belaufen.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das Jahr 2022 mit welchem die Bereitstellung von Eigenmitteln für den Zentralen Omnibusbahnhof in Höhe von 343.667 Euro beantragt werde. Deckungsquelle sei die Kreditaufnahme.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass mit diesem Antrag Mittel für den Zentralen Omnibusbahnhof, welche für Deckungsmöglichkeiten abgeflossen seien, beantragt werden, damit das Vorhaben nicht gefährdet sei. Er betont, dass diese Planungen auch bei der Bewerbung zur Kulturhauptstadt eingeflossen seien. Die getroffenen Vereinbarungen mit den wichtigen Partnern seien heute in Frage gestellt worden. Es gebe die Verantwortung die im Zuge der Kulturhauptstadt getroffenen Planungen umzusetzen. Die Folgen der Entscheidung könnten heute noch nicht eingeschätzt werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert über den ausgereichten Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI mit welchem der Haushaltsplanentwurf auf Seite 481 geändert werden solle.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass für das Jahr 2022 im Haushaltsplan 293.000 Euro für das Ensemble Schmidt-Rottluff vorgesehen seien. An dieser Stelle sollen jedoch nicht die einzelnen Positionen für welche die Aufwendungen erfolgen, aufgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt zu den Kosten der Fraktionsräume der CDU-Ratsfraktion auf Seite 224 des Haushaltsplanentwurfes und den Kosten der Räume seiner Fraktion auf Seite 229 wie diese fast identisch sein können, wenn seine Fraktion einen Raum weniger hat.

Herr Oberbürgermeister Schulze sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Beratung über Einwendungen

Frau Härtel (Amtsleiterin Kämmereiamt) erklärt, dass im Rahmen der Auslegung des Haushaltsplanentwurfes die Bürger und Abgabepflichtigen die Möglichkeit hatten, Einwendungen gegen den Haushaltsplan einzubringen. Das sei vor allem auch durch die Gruppe „Parents for future“ erfolgt, von denen gleichartige Einwendungen eingegangen seien. Diese wurden in Gruppen zusammengefasst. Der Stadtrat müsse nun entscheiden, ob den Einwendungen stattgegeben werde.

Herr Oberbürgermeister Schulze ergänzt, dass es sich sozusagen um Anträge aus der Bürgerschaft handle. Eine Zustimmung bedeute, dass diese in den Haushalt eingreifen.

Abstimmung über die Einwendung „Radweg Wüstenbrand – Küchwald“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über zwölf Einwendungen „Verantwortungsvoll investieren in Pandemie und Klimakrise“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über neun Einwendungen „Verantwortungsvoll investieren in Pandemie und Klimakrise“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über sieben Einwendungen „Verantwortungsvoll investieren in Pandemie und Klimakrise“

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass die Stadt Leipzig das tue und damit die Intention zeige, wie die Haushaltspolitik der nächsten Jahre gestaltet werden solle. So ein Titel sei nicht unwesentlich. Er schätze es, dass darüber nachgedacht werde und sich die Bürger einbringen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über die Einwendung „Aufrechterhaltung Gebührenfreiheit Vorschuljahr“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über die Einwendung „Senken der Elternbeiträge zur Kinderbetreuung“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über die Einwendung „Akquirierung von Fördermitteln von Land, Bund, EU“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

abschließende Abstimmung über die Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für den Zweijahreshaushalt 2021/2022 einschließlich der bestätigten Änderungsanträge

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen)**

Beschluss B-079/2021

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 auf Basis der Anlage 3, S. 1 bis 2 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.

6 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) informiert, dass sich am Sonntag ca. 100 Polizeibeamte für ein Foto am Karl-Marx-Monument getroffen hätten und fragt, ob das der Stadt bekannt sei und Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wurden.

Herr Stadtrat Bader (fraktionslos) möchte wissen, ob es aufgrund der höheren Fallzahlen angedacht sei, die Bundeswehr zur Unterstützung des Gesundheitsamtes zurückzuholen.

Herr Oberbürgermeister Schulze bejaht dieses.

7 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bestätigt.

27.04.2021
Datum *Schulze*
Sven Schulze
Vorsitzender
des Stadtrates

0305.2021
Datum *K. Kuhfuß*
Kathleen Kuhfuß
Mitglied
des Stadtrates

28.4.21
Datum *Berger*
Dietmar Berger
Mitglied
des Stadtrates

22.04.21
Datum *Müller*
Carolin Müller
Schriftführerin